

# KoFru 132

Zeitschrift für  
Feminismus  
und Arbeit  
Nov. / Dez. 2009  
27. Jg.  
ISSN 0949-0000  
ISSN 1862-5568

## Hartz IV: Die Würde des Menschen ist antastbar

- Ich soll weg (von Ellen Diederich)
- Sanktionen gegen Hartz IV-Beziehende aussetzen!
- Antwort der Bundesregierung auf Anfrage zu Hartz IV-Sanktionen
  - Glossen von Luise F. Pusch:  
Heutige Feministinnen, die Unterschriftenliste für Polanski
    - make noise for free choice
    - Kampagne gegen Mangelernährung
    - medica mondiale: Nein zu Kriegsgewalt
    - Flatrate-Bordelle schließen!
  - attac:Frauenkompetenz in der Finanzkrise
  - Mit Krawall gegen Sextourismus
- Globale Konsequenzen der Finanzkrise auf Mädchen und Frauen
  - Internetportal für Prävention von Zwangsheirat
  - Jede 2. Frau, aber nur jeder 7. Mann in Teilzeitarbeit
  - Christa Wichterich: Gleich – Gleicher - Ungleich
  - 10 Jahre BAG Mädchenpolitik

**Inhalt**

**Schwerpunkt: Hartz IV: Die Würde des Menschen ist antastbar! 3**

Ich soll weg (von Ellen Diederich), 3  
Das Moratorium zur Abschaffung der Hartz IV-Sanktionen 5  
Aus der Antwort der Bundesregierung zu einer kleinen Anfrage der LINKEN zu Hartz IV-Sanktionen,8

**Glossen von Luise F. Pusch 11**

Heutige Feministinnen 11, Die Unterschriftenliste für Polanski 12

**Resolutionen/Aktionen/Netzwerke 13**

Give the women of Europe the right to free abortion! Make Noise for free Choice!  
My body, my choice – Abtreibung ist Frauenrecht!  
Kampagne gegen Mangelernährung  
Post für Frau Merkel: Nein zu Kriegsgewalt gegen Frauen!  
Das Projekt "Frauenkompetenz in der Finanzkrise" von attac  
Atomkritische Ärzteorganisation IPPNW fordert per Petition den Deutschen Bundestag auf, den Strahlenschutz für Bürger zu verbessern  
Pressemitteilung des djv zur Quotierung bei der Bundestagswahl  
FFGZ Berlin: Leitlinie zur Hormontherapie in den Wechseljahren  
Lohnunterschiede zwischen Geschlechtern widerlegen neoliberale Logik  
Frauenverband Courage fordert die Schließung der Flatrate-Bordelle!  
"Gefährliche Anti-baby-Pillen vom Markt nehmen!"  
Kritik an Hartz IV: Erfahrungsberichte von Frauen gesucht

**Themen 21**

Mehr Verhütungsmittel, weniger Abtreibungen  
Auch Museen reicht es mal  
Ukrainische Studentinnen: Mit Krawall gegen Sextourismus

**Nachrichten 25**

Sexting bei Teenagern entwickelt sich zu einem ernstem Problem, Globale Konsequenzen der Finanzkrise auf Mädchen und Frauen, Wirtschaftsnobelpreis für Elinor Ostrom, Erster Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, Nancy Spero ist tot, Mehr als jede zweite Frau aber nur jeder siebte Mann arbeiten in Teilzeit, Neues Internetportal zur Prävention von Zwangsheirat geht online! Weniger Geld und Urlaub für weibliche Azubis

**Literatur 29**

Christa Wichterich: Gleich – Gleicher – Ungleich,  
Iris Gusner; Helke Sander: Fantasie und Arbeit

**Termine 30**

Auschwitz aus Frauensicht, 10 Jahre BAG Mädchenpolitik, Internationaler Goddess-Kongress

**Impressum:**

Herausgeberin: Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation e.V., Baaderstr. 30, 80469 München, Tel: 089/20 10 450, [www.kofra.de](http://www.kofra.de), [kofra-muenchen@t-online.de](mailto:kofra-muenchen@t-online.de)  
Verantwortliche: Anita Heiliger  
Jahresabonnement: 6 Ausgaben in ca. 2-monatiger Folge zum Preis von € 18.60 plus Porto, Einzelheft: € 3.20, Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Konto: 7805500, BLZ 70020500

# Hartz-IV: Die Würde des Menschen ist antastbar

## Ich soll weg

Von Ellen Diederich<sup>3</sup>

zum Thema Zwangsumzüge durch Hartz IV.

Wohnen, das sind nicht zu einem Quadrat gemauerte Steine, mit Tapeten bezogen, die beliebig gewechselt werden können. Wohnen, das ist für mich in den 15 Jahren, in denen ich in meiner Wohnung lebe, die Umwandlung einer grauen Betonlandschaft im Hof in eine grüne Oase, das Abtrotzen von drei Quadratmeter Garten, ist die Linde, die in dieser Zeit zehn Meter höher gewachsen ist, das sind die Kinder der Anne-Frank-Schule auf der anderen Straßenseite, das sind FreundInnen, die auf dem Weg zum Einkauf auf einen Kaffee vorbeikommen, das ist das Spruchband im Fenster: Kein Krieg – nirgends, das sind die Erinnerungen an all die Aktionen gegen Krieg, für eine gerechtere Welt, die von diesem Hof ausgingen, die LKWs, die voll beladen mit Kleidung, Lebensmitteln, Medikamenten zu den Flüchtlingslagern in Kroatien und Bosnien gefahren sind, das sind die Tage mit den Kindern aus allen Flüchtlingsunterkünften, die wir hier hergeholt, mit den wir gespielt und gesungen haben, das ist Erinnerung an Gäste aus vielen Ländern, das ist aus der ganzen Welt zusammengetragenes gelebtes Leben, sind Bücher, Musik, Fotos, Filme,

Kunst, das ist die Erinnerung an die lange Krankheit der besten Freundin, die Nächte des Vorlesens, um ihre Schmerzen vergessen zu machen, und ihren Tod.

Ich habe eine große Wohnung gemietet, weil ich seit 15 Jahren das Internationale Frauenfriedensarchiv aufgebaut habe, im Zorn darüber, dass bei all den Friedensaktivitäten, an denen ich weltweit beteiligt war, deutlich wurde, dass Frauen den größten Teil der Arbeit machen, was aber nicht dokumentiert wird. Eine große Sammlung ist zusammengekommen, Bücher, Fotos, Filme, Plakate, Ausstellungen, Kunstgegenstände. Für die Friedensarbeit hat mich die Stadt Oberhausen mit der Ehrennadel der Stadt ausgezeichnet.

Nun bin ich eine von etwa 700.000 Menschen in Deutschland, die einen Brief von einer Arbeitsagentur bekommen haben oder in den nächsten Wochen bekommen werden: Ihre Wohnung ist zu groß, zu teuer.

In sechs Monaten soll ich die Kosten senken, mit dem Vermieter verhandeln, dass er die Miete reduziert.

Ich soll Fenster abdichten, Isolierungen einbauen, um Heizkosten zu sparen – das geht wunderbar von 345 Euro Hartz IV im Monat.

Oder ich soll Untermieter aufnehmen.

Oder ich soll in eine »angemessene« Wohnung einziehen: 45 Quadratmeter, 216 Euro Miete als Obergrenze.

Jeden Monat soll ich einen Nachweis über meine Anstrengungen einreichen.

Ziehe ich nicht um, werden nach sechs Monaten nur noch die Kosten übernommen, die ich hätte, wenn ich umgezogen wäre.

Seit ich diesen Brief bekommen habe, heißt Wohnen auch: Nächte ohne Schlaf, Erhöhung der Stromkosten, weil Radio oder Fernsehen laufen, um die bohrenden Gedanken zu übertönen. Wenn ich ein-

<sup>3</sup> Ellen Diederich ist seit mehr als 30 Jahren Friedensaktivistin und Direktorin des in Deutschland gegründeten Internationales FrauenFriedens Archiv Fasia Jansen e.V., in welchem seit über 25 Jahren weltweit Bücher, Zeitungen und audio-visuelle Quellen zu Frauen und Militär sowie Friedensaktionen von Frauen gesammelt werden.

<http://hometown.aol.de/friedensa/page1.html>  
<http://www.arbeiterfotografie.de/galerie/reportage-2004/2004-03-23-oberhausen-iffa.html>  
<http://www.womenandlife.org/WLOE-de/information/frieden/diederich.html>

schlafe, wache ich bald auf, weil Wellen von Angst durch den Körper gehen. Ich träume, dass ich losfahre mit einem Ziel, aber nie dort ankomme, sondern immer irgendwo lande, wohin ich gar nicht will. Ich fahre ans Meer und kann es nicht erreichen. Ich träume von zerbrochenen Brillen, ausgefallenen Zähnen, die ich nicht mehr ersetzen kann. Phantasien von Vertreibung, Flüchtlingsdasein, Obdachlosigkeit geistern durch die Träume. Ich, die ich so gut wie nie krank war, bin mit einem Mal dauernd krank, Blasenentzündungen, (die Psychologie definiert Blasenentzündungen als ungeweihte Tränen), Erkältungen, eine Gürtelrose.

Umzugsvisionen. Wohin mit den vielen tausend Büchern? Mit den Gegenständen von Menschen, zumeist Frauen aus der ganzen Welt, die Ausdruck von Friedenssehnsucht und -willen sind?

Die Angst vor der Enteignung des gelebten Lebens steigt hoch.

Ich tappe, wie so viele, die betroffen sind, in die Angstfalle. Doch meine Wut wächst.

Im Zusammenhang mit der Aufforderung, die Wohnungen zu räumen, hat die größte Vertreibungsaktion in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland begonnen. Arme Menschen sollen nicht mehr das Recht haben, ihren Wohnort zu bestimmen, werden herausgerissen aus sozialen Zusammenhängen. Jetzt sind wir nicht nur erwerbslos, jetzt sollen wir auch unser Zuhause verlieren. Die durch das Grundgesetz garantierte Unverletzlichkeit der Wohnung ist mit dem Sozialgesetzbuch II und vor allem mit den neuen Bestimmungen außer Kraft gesetzt. Die Menschen werden vertrieben, sollen sich billigeren Wohnraum suchen, der nicht vorhanden ist.

Es läuft eine beispiellose Kampagne der Diskriminierung von Erwerbslosen. In Talk-Shows, Gerichtssendungen werden immer mehr Fälle konstruiert, in denen Menschen als »Sozialschmarotzer«, als »Parasiten« dargestellt werden.

In einer Sparte gibt es neue Jobs: in der Sparte »Sozialdetektive«. Diese werden mit immer mehr Rechten ausgestattet. Sie gehen in Wohnungen, informieren sich bei Nachbarn über Lebensalltag von Erwerbslosen, sie kontrollieren Schränke und wie viel Zahnbürsten im Bad vorhanden sind. Jederzeit kann die Agentur für Arbeit anru-

fen. Handeln wir nicht kooperativ, drohen Strafmaßnahmen, Kürzung von Geld.

Ein genereller Vorverdacht ist gang und gebe: Wir haben glaubhaft zu machen, dass wir nicht kriminell sind. Mit welchem Recht maßt sich diese Regierung an, Erwerbslose unter Generalverdacht zu stellen?

Vor einiger Zeit hatte der amtierende hessische Justizminister bereits die grandiose Idee, Langzeiterwerbslosen Fußfesseln anzulegen, damit sie »sich besser an Arbeitszeiten gewöhnen«, vor allem aber damit sie jederzeit kontrollierbar sind.

»Hartz IV ist offener Strafvollzug. Es ist die Beraubung von Freiheitsrechten. Hartz IV quält die Menschen, zerstört ihre Kreativität.« Sagt Götz Werner, Chef der DM Drogeriemärkte in einem Gespräch im Stern.

### **Was können wir tun?**

»Widerstand ist das Geheimnis der Freude!« sagt die afroamerikanische Schriftstellerin und Aktivistin Alice Walker.

Unser großes Problem ist das der Vereinzelung. Wir sind so leise geworden, mucken nicht auf gegen die vielfältigen Formen der Repression. Immer noch ist da Scham auf unserer Seite. Wir fragen: Wann kommt der Aufschrei, der zu hören ist, wann weicht die Resignation der produktiven Wut? Von einer »lautlosen Massendisziplinierung« spricht der Berliner Politik-Professor Peter Grottian, einer unserer engsten Verbündeten. »80 bis 90 Prozent der Betroffenen regeln das allein, leihen sich Geld, verschulden sich. Es herrscht totale Vereinzelung und Verhängstigung«, hat er erkundet.

Wir müssen uns wehren! Mit anderen zusammenschließen, die in ähnlicher Lage sind. Die Hoffnung hat zwei schöne Töchter: Wut und Mut. Wut darüber, wie die Verhältnisse sind, und Mut, sie zu bekämpfen!

Überlegen wir noch einmal einen Moment lang, woher der Begriff Hartz IV kommt und in welchem Kontext die Aufforderung zum Zwangsumzug sich bewegt. Entwickelt wurde Hartz IV wie vorher schon Hartz I bis III unter der Leitung des ehemaligen VW-Personalchefs Peter Hartz, Berater von Altbundeskanzler Gerhard Schröder. Heute

wartet er auf seinen Prozess. Mögliches Strafmaß: fünf Jahre Haft. (Wir sind gespannt, was wirklich dabei herauskommt.) Focus zitiert die Anklage. Danach hat Hartz jahrelang Konzerngelder veruntreut, um Betriebsräte zu begünstigen, damit sie nicht gegen Entscheidungen des Konzerns rebellieren. Aber auch zu seinem eigenen Privatvergnügen sind demnach Gelder abgezweigt worden. Der Umgang mit Prostituierten von Shanghai bis Brasilien war ein Teil des kostenintensiven Alltags. Zur gleichen Zeit entwickelten Hartz und seine MitarbeiterInnen für Millionen Menschen das Programm Hartz IV, das für etwa 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland eine radikale und permanente Verarmung und Verschlechterung der Lebensbedingungen bedeutet.

Der Spiegel stellte Mitte Mai fest: »Die Verwaltungskosten für Hartz IV sind stärker gestiegen als die Leistungen an die Langzeiterwerbslosen.« Bund und Kommunen wollen streichen, wollen mehr Druck auf die Erwerbslosen ausüben. Sie wollen 2006 rund 500 Millionen Euro einsparen und vom kommenden Jahr an 1,5 Milliarden Euro jährlich.

Artikel 1 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland lautet: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Das Wort Würde, das im alten Sozialhilfegesetz noch vorkam, ist nicht ohne Grund aus dem SGB II gestrichen worden.

In Nordrhein-Westfalen versuchen wir jetzt, ein Netzwerk der Erwerbsloseninitiativen aufzubauen. Motto: Statt Ich-AGs Wirkkollektive.

### **Sanktionen gegen Hartz-IV- Beziehende aussetzen!**

Der Aufruf zu einem Sanktionsmoratorium<sup>4</sup>

Jeden Monat wird in diesem Land zigtausenden Erwerbslosen mit Sanktionen das Existenzminimum gekürzt oder sogar gestrichen, weil sie Forderungen der JobCenter nicht erfüllt haben oder weil ihnen dies unterstellt wird.

---

<sup>4</sup> dieser Aufruf wurde vor der Bundestagswahl dem Bundestagsausschuss zugestellt, Weitere Aktionen sollen folgen. Information über:

[www.sanktionsmoratorium.de](http://www.sanktionsmoratorium.de)

Gleichzeitig sind – auch Jahre nach Einführung von Hartz IV – gravierende Mißstände in den ARGEn und JobCentern zu beklagen. Fehlerhafte Entscheidungen sind immer noch an der Tagesordnung. Beratung findet kaum statt, bei Problemen sind die verantwortlichen MitarbeiterInnen in der Regel nicht bzw. nicht direkt erreichbar.

Führen diese Misstände bereits im „normalen“ Hartz-IV-Alltag zu Problemen, so wirken sie sich im Fall von Sanktionen besonders gravierend aus: Da werden z.B. Anhörungen, die zur Aufklärung von Sachverhalten vorgesehen sind, nicht durchgeführt und willkürlich das Existenzminimum gekürzt oder gleich ganz gestrichen.

Ist schon der rigide Sanktionsparagraf mehr als problematisch, so führt die katastrophale Personalsituation in den JobCentern dazu, dass die Sanktionspraxis von Rechtswidrigkeit und Willkür geprägt ist. Allein von den 2008 eingelegten Widersprüchen gegen Sanktionen waren 41 % ganz oder teilweise erfolgreich, von den eingereichten Klagen 65 %.<sup>5</sup>

Das Wohl und Wehe der Erwerbslosen liegt in den Händen von überlastetem Personal, das zum Großteil unzureichend geschult ist und oft nur über dürftige Rechtskenntnisse verfügt. Hinzu kommt, dass ein hoher Anteil befristet eingestellt ist und – weil oft fachfremd – über geringe Beratungskompetenz verfügt.

### **Sanktionen und Krise**

Sanktionen können das Grundproblem fehlender Arbeitsplätze nicht beseitigen. Der Arbeitsmarkt in seiner gegenwärtigen Verfassung bietet schon lange nicht mehr genügend Existenz sichernde Arbeitsplätze. Die Wirtschaftskrise mit ihren absehbar katastrophalen Folgen wird dieses Problem verschärfen. Mit dem Sanktionsregime wird so getan, als hätten die Erwerbslosen ihre Lage verursacht, als gäbe es keine Pleiten, keine unternehmerischen Fehlentscheidungen, Rationalisierungen und Produktionsverlagerungen. Wohin sollen Erwerbslose, wohin sollen die Krisenopfer von morgen mittels Sanktionen getrieben werden?

---

<sup>5</sup> Bundestagsdrucksache 16/13577 vom 30.6.2009, S. 4

### **Sanktionen nach § 31 SGB II**

sind dreimonatige Kürzungen des Regelsatzes bis hin zur Streichung der gesamten Grundsicherung. Die Kürzungen betragen z.B. 10 % des Regelsatzes beim ersten Meldeversäumnis, bei der ersten sonstigen Pflichtverletzung 30 %, bei unter 25jährigen 100 % des Regelsatzes. Spätestens nach der dritten sonstigen Pflichtverletzung innerhalb eines Jahres wird das gesamte Alg II für drei Monate gestrichen, auch die Wohnkosten und die Beiträge zur Krankenversicherung.

### **Betroffene**

2008 wurden bundesweit 789.000 Sanktionen verhängt.<sup>6</sup>

Die Sanktionsquote stieg bei arbeitslosen Alg-II-Beziehenden von 2,4 % im Okt. 2006 auf 4,0 % im Dez. 2008, bei unter 25-jährigen sogar von 7,2 % auf 10,4 %.<sup>7</sup>

### **Worum es geht**

Um es für alle klarzustellen, die nicht täglich mit der Sanktionspraxis zu tun haben: Es geht hier nicht um Leistungsmissbrauch, sondern um Menschen, die auf die niedrigen Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind und denen man irgendein Fehlverhalten vorwirft. In den wenigsten Fällen ist dies die Ablehnung einer als zumutbar geltenden Arbeit. Die meisten Sanktionen werden verhängt wegen Konflikten um Meldetermine, um die Anzahl von Bewerbungen, um Ein-Euro-„Jobs“ und andere Maßnahmen wie z.B. Bewerbungstrainings und Praktika.

Bei unserer Forderung nach einem Sanktionsmoratorium geht es nicht darum, ob man Sanktionen gegen Hartz-IV-Beziehende für grundrechtswidrig hält oder nicht – in dieser Frage haben wir, die Erstunterzeichner, unterschiedliche Auffassungen. Die einen können sich bei bestimmten Verstößen Sanktionen vorstellen. Die anderen halten Sanktionen, mit denen eine Leistung gekürzt wird, die die Existenz und gesellschaftliche Mindestteilhabe sichern soll, in jedem Falle für eine Grundrechtsverletzung. Ethisch und sozialpolitisch lasse sich nicht rechtfertigen, dass eine Gesellschaft, erst recht eine reiche wie die Bundesrepub-

lik Deutschland, Menschen das vorenthält, was sie zu einem menschenwürdigen Leben benötigen.

Wir sind uns aber darin einig, dass angesichts der gegenwärtigen Zustände in den JobCentern der Vollzug von Sanktionen sofort gestoppt werden muss. Sonst werden Menschen, die schon am Existenzminimum leben, noch weiter in Not gestürzt. Wovon sollen Lebensmittel, Miete, Strom, Verkehrsmittel ... bezahlt werden?

### **Warum Hartz-IV-Sanktionen nicht länger zumutbar sind**

1. Die Auswirkungen von Sanktionen werden dadurch verschärft, dass Widersprüche keine aufschiebende Wirkung haben, d.h. die Menschen müssen, auch wenn sie letztlich nach gerichtlicher Kontrolle Recht bekommen, bis dahin unter den Sanktionen leiden. Über das schwierige Verfahren, aufschiebende Wirkung ausnahmsweise herzustellen, wird man vom JobCenter nicht aufgeklärt, und ohne Anwalt ist es kaum möglich. Angesichts dieser rechtlichen und tatsächlichen Lage ist es zynisch, wenn Behörden leichtfertig Sanktionen verhängen und sagen, wer sich falsch behandelt fühle, könne ja klagen.

2. Laut Gesetz müssen Sanktionen – anders als noch in der Sozialhilfe – auch dann fortgesetzt werden, wenn die Sanktionierten eingelenkt haben und tun, was das JobCenter von ihnen verlangt.

3. Schon bei harmlosen Fehlritten sieht das Gesetz unverhältnismäßige Sanktionen vor: Mit einer dreimonatigen Leistungskürzung werden Erwerbslose bestraft, wenn sie etwa statt der geforderten z.B. 20 Bewerbungen im Monat nur 18 vorlegen können oder zu spät zu einem Termin beim JobCenter oder in der ARGE erscheinen.

4. Sanktioniert werden auch Handlungen und Weigerungen, die begründet und nachvollziehbar sind und die bei korrekter Rechtsanwendung nicht sanktioniert werden dürften, z.B.:

- wenn Bedenkzeit vor der Unterzeichnung einer Eingliederungsvereinbarung verlangt wird,
- der Abbruch einer unpassenden oder unsinnigen Maßnahme (das xte Bewerbungstraining, der xte Computergrundkurs),
- die Weigerung, einen Ein-Euro-„Job“ anzutreten, der einen nicht weiter bringt, und

---

<sup>6</sup> Bundestagsdrucksache 16/13577 vom 30.6.2009, S. 1

<sup>7</sup> Statistik der Bundesagentur für Arbeit

auch noch reguläre Arbeitskräfte verdrängt,

- Ablehnung einer sittenwidrigen Arbeit (z.B. für 4,50 € Stundenlohn im Einzelhandel), die Weigerung, die eigene Teilzeitstelle aufzugeben, die sich mit der Kinderbetreuung vereinbaren lässt, um eine zugewiesene schlecht bezahlte Vollzeitstelle anzutreten.

5. Besonders hart und unverhältnismäßig werden unter 25jährige bestraft. Ihnen wird bereits beim ersten Pflichtverstoß – außer bei Meldepflichtverletzungen – der gesamte Regelsatz gestrichen.

6. Die Sanktionen bedeuten Sippenhaft. Spätestens wenn der Regelsatz oder sogar die Wohnkosten eines Familienmitglieds, das im selben Haushalt lebt, gestrichen werden, trifft das die ganze Familie. Dann müssen z.B. sanktionierte Eltern von den Regelsätzen ihrer Kinder leben.

7. Die Sanktionen „aktivieren“ nicht, sie lähmen eher. Sanktionierte brauchen ihre ganze Kraft, mit der Sanktion klar zu kommen und die entstandene Versorgungslücke zu schließen. Bewerbungsaktivitäten und erst recht die Entwicklung von Eigeninitiative bleiben auf der Strecke.

8. Die Sanktionen sollen alle Erwerbsabhängigen einschüchtern. Mit der Sanktionsandrohung werden Erwerbslose in miese Arbeits- und schlechte Vertragsbedingungen gedrängt, z.B. in schlecht bezahlte Leiharbeit. Der Umgang mit Erwerbslosen wirkt als Drohkulisse auf alle Erwerbsabhängigen, senkt ihre Ansprüche bezüglich Entlohnung und Arbeitszeit. Die Folge: Tarifliche Standards werden ausgehöhlt, der Unterbietungswettbewerb verstärkt und Entsolidarisierung befördert.

9. Die Sanktionen sind Strafen ohne Gerichtsverhandlung. Offiziell gelten sie als sozialrechtliche Maßnahmen, nicht als „Strafe“. Strafen gehört zum Strafrecht, und dort gibt es ordentliche Gerichtsverfahren mit dem Gelten der Unschuldsvermutung bis zur letzten Instanz. Der Sanktionierte hingegen wird durch bloßen Entscheid eines Angestellten mit Geldkürzungen bis hin zum völligen Entzug des Existenzminimums bestraft. Nicht Richter verhängen die Sanktion, sondern JobCenter-Angestellte – wohlmeinende und autoritäre, Beschäftigte mit Aufstiegswünschen und befristet Beschäftigte mit Angst vor Jobverlust – viele

nur mit einem Crashkurs im Sozialrecht ausgestattet

10. Die Sanktionierten sind endgültig nicht mehr Rechtssubjekte, sie werden zu Bittstellern gemacht:

- beim JobCenter um Lebensmittelgutscheine,
- bei Familie und Freunden, sofern diese aushelfen können und wollen,
- bei den „Tafeln“, der Armenspeisung der Moderne.

11. Sanktionen drängen bestimmte Gruppen aus dem Leistungsbezug: Solche, die ungeübt im Umgang mit Behörden sind, schaffen es nicht, ihre Leistungsansprüche zu verteidigen. Andere treibt die bevormundende Art der Behörden womöglich in die Kriminalität (Diebstahl, Schwarzarbeit, ...). Verdrängung aus dem Leistungsbezug - womöglich in die Obdachlosigkeit – ist kein sozialer oder arbeitsmarktpolitischer Erfolg.

12. Auch wenn nur ein vermeintlich kleiner Teil der Millionen von Hartz-IV-Beziehenden sanktioniert wird, müssen alle unter der ständigen Bedrohung leben. Der Alltag ist geprägt von der Angst vor der Behörde und der Angst, irgend etwas falsch zu machen.

13. Die Sanktionen werden auch vor dem Hintergrund von Sparvorgaben verhängt, welche das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) über die Bundesagentur für Arbeit (BA) den JobCentern auferlegt. Für das Abschwingjahr 2009 wurde das „ehrgeizige“ Ziel gesetzt, die Existenz sichernden Leistungen um 3 % zu senken und die Vermittlungsquote in den erwartbar enger werdenden Arbeitsmarkt zu erhöhen.<sup>8</sup> Bereits 2008 mussten die Leistungen um 6,5 % gesenkt werden.<sup>9</sup> Vielfach sehen Mitarbeiter nur durch verstärkte Sanktionen die Möglichkeit, diese Zielvorgaben zu erfüllen. So ist die Sanktionsquote deutlich gestiegen (siehe Kasten). Die Vermittlungsquote kann ohnehin nur durch den Zwang, ausbeuterische Beschäftigungsverhältnisse anzunehmen, erreicht werden. Der Druck, bei der Bun-

<sup>8</sup> Zielvereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und der Bundesagentur für Arbeit zur Erreichung der Ziele der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Jahr 2009 vom 5.2.2009

<sup>9</sup> Zielvereinbarung zwischen BMAS und BA für 2008 vom 18.2.2008

destagswahl gute Zahlen zu präsentieren, kann diese Entwicklung kurzfristig noch verschärfen.

Missstände beseitigen – weiteres Leid verhindern – neue Wege einschlagen

Das alles spricht dafür, zum einen die Missstände in den JobCentern, die bislang in ihrem Ausmaß zu wenig bekannt sind, offen zu legen und für deren Beseitigung zu sorgen und zum anderen den gegenwärtigen Sanktionsparagrafen grundlegend zu überdenken. Dazu gehört auch, die sozialen Grundrechte mit Leben zu erfüllen, und ein prinzipielles Überdenken des Verständnisses von Arbeit und der Bedeutung von Erwerbsarbeit. Ein Weg dahin liegt auch in der Neubestimmung des Begriffs der Zumutbarkeit von Arbeit und der schlichten Rückbesinnung auf den Grundsatz der aufschiebenden Wirkung von Widersprüchen. Auch die Festschreibung von Vorschlags- und Wahlrechten für Alg-II-Beziehende wäre sinnvoll, damit Integrationsleistungen tatsächlich förderlich sein können. Dies sollte mit dem Abschluss freiwilliger Eingliederungsvereinbarungen kombiniert werden.

Dies alles – die Änderung der Zustände in den JobCentern und das Überdenken der gegenwärtigen Sanktionsregelungen – braucht Zeit. Während dessen dürfen Erwerbslose nicht den derzeit verbreiteten Sanktionspraktiken ausgesetzt werden. Hier kann nur ein sofortiges Moratorium, ein Aussetzen des Sanktionsparagrafen weiteres Leid und weiteren Rechtsbruch verhindern!

*InitiatorInnen des Aufrufs für ein Sanktionsmoratorium sind:*

*Tacheles e.V. (Wuppertal) Prof. Dr. jur. Helga Spindler (Universität Duisburg-Essen) Prof. Dr. Franz Segbers (Universität Marburg) Prof. Dr. Claus Offe (Hertie School of Governance) Prof. Dr. Stephan Lessenich (Friedrich-Schiller-Universität Jena) Markus Kurth MdB (Bündnis 90/Die Grünen) Katja Kipping MdB (DIE LINKE), Jürgen Habich (BAG Prekäre Lebenslagen) Franziska Drohsel (Bundesvorsitzende der Jusos) Prof. Dr. Klaus Dörre (Friedrich-Schiller-Universität Jena).*

**Auszüge aus der Antwort  
der Bundesregierung auf die Kleine  
Anfrage**

der Abgeordneten Katja Kipping, Klaus Ernst, Dr. Lothar Bisky, weiterer Abgeord-

neter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 16/13340 –

Sanktionen im Bereich des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und für Sperrzeiten im Bereich des Dritten Buches Sozialgesetzbuch – Anzahl und Gründe.

....

*1. Wie viele Sanktionen der verschiedenen Stufen bis zur höchsten Sanktionsstufe (Leistungskürzungen auf null Euro) wurden durch die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) insgesamt, für junge Menschen unter 25 Jahren und für Menschen über 25 Jahren in den Jahren 2006, 2007 und 2008 ausgesprochen (absolut und in Prozentangaben)?*

Statistische Jahresdaten für die Kalenderjahre 2005 und 2006 liegen nicht vor. In den Jahren 2007 und 2008 wurden insgesamt 806 000 beziehungsweise 789 000 Sanktionen gegenüber erwerbsfähigen Hilfebedürftigen ausgesprochen, davon 275 000 beziehungsweise 256 000 an unter 25-Jährige und 531 000 beziehungsweise 533 000 an 25-Jährige und Ältere.

Eine Unterteilung dieser Ergebnisse nach den gesetzlich vorgesehenen Leistungskürzungen (z. B. 10 Prozent, 30 Prozent oder 60 Prozent der maßgebenden Regelleistung bei Pflichtverletzungen) oder nach der Minderung des Arbeitslosengeldes II um 100 Prozent ist nicht möglich.....

*2. Welche Gründe führten zur Verhängung von Sanktionen in den jeweiligen Stufen bis hin zur Kürzung auf null Euro Leistung im Jahr 2006, 2007 und 2008 für junge Menschen unter 25 Jahren und für Menschen über 25 Jahren?*

Eine Minderung des Arbeitslosengeldes II (Sanktion) wird vorgenommen, wenn ein Sanktionstatbestand nach § 31 Absätze 1 und 2 oder 4 SGB II vorliegt, d. h. eine oder mehrere der dort genannten Pflichten verletzt wurden. Über die Zahl der im Einzelnen festgestellten Sanktionen wird auf die Tabelle „Sanktionen nach Gründen“ unter der Antwort zu Frage 1 Bezug genommen. Detailliertere Auswertungen, etwa welche Pflichten aus einer Eingliederungsvereinbarung verletzt wurden oder welche Arten von Beschäftigungsverhältnissen abgelehnt wurden, liegen nicht vor.....

3. Wie viele verhängte Sanktionen der verschiedenen Stufen und Altersbereiche wurden durch Widersprüche beziehungsweise durch gerichtliche Feststellungen in den genannten Jahren zurückgenommen?

Im Jahr 2006 wurden insgesamt 12 880 Sanktionsentscheidungen im Widerspruchsverfahren zumindest teilweise zurückgenommen. 2007 waren es 24 330 und 2008 31 050. Gemessen an allen abschließend erledigten Widersprüchen gegen Sanktionsbescheide betrug der Anteil der

vollumfänglichen Stattgabeentscheidungen in 2006 31,4 Prozent, in 2007 35,0 Prozent und in 2008 37,4 Prozent. Im Klageverfahren wurden in 2006 insgesamt 511 Sanktionsentscheidungen zumindest teilweise zurückgenommen, in 2007 1 331 und in 2008 3 733. Gemessen an allen abschließend erledigten Klagen im Bereich Sanktionen betrug der Anteil damit in 2006 41,7 Prozent, in 2007 51,0 Prozent und in 2008 65,3 Prozent....

6. Wie hoch war die Anzahl von Sperrzeiten (differenziert nach Sperrzeitdauer und -grund) beim Leistungsbezug im SGB III im Jahr 2006, 2007 und 2008 (absolut und in Prozentangaben)?

- a) Sperrzeiten nach Sperrzeitdauern,
- b) Sperrzeiten nach Sperrzeitgründen
- c) Sperrzeiten nach Sperrzeitgrund (Veränderung in Prozent)

a) Sperrzeiten nach Sperrzeitdauern

		Sperrzeiten - insgesamt -	Sperrzeiten differenziert nach Dauern				
			1 Woche	2 Wochen	3 Wochen	6 Wochen	12 Wochen
2006	absolut:	526.911	306.533	6.596	35.966	7.801	170.015
	in Prozent	100 %	58,2 %	1,3 %	6,8 %	1,5 %	32,3 %
2007	absolut:	639.222	424.743	9.427	35.596	7.988	161.468
	in Prozent	100 %	66,4 %	1,5 %	5,6 %	1,2 %	25,3 %
2008	absolut:	741.115	507.144	10.507	42.480	9.493	171.491
	in Prozent	100 %	68,4 %	1,4 %	5,7 %	1,3 %	23,1 %

b) Sperrzeiten nach Sperrzeitgründen

Sperrzeiten - insgesamt -	Sperrzeiten bei							
	Arbeitsaufgabe	Arbeitsablehnung	unzureichenden Eigenbemühungen	Ablehnung beruflicher Eingliederungsmaßnahmen	Abbruch beruflicher Eingliederungsmaßnahmen	Meldeversäumnis	verspäteter Arbeitsuchendmeldung	
2006	526.911	180.309	23.546	6.596	6.784	3.143	155.504	151.029
2007	639.222	170.654	23.107	9.427	8.139	3.152	185.284	239.459
2008	741.115	181.824	27.409	10.507	10.709	3.522	213.129	294.015

c) Sperrzeiten nach Sperrzeitgrund (Veränderung in Prozent)

	Sperrzeiten - insgesamt -	Sperrzeiten bei						
		Arbeits- aufgabe	Arbeitsab- lehnung	unzurei- chenden Eigenbe- mühungen	Ablehnung beruflicher Eingliederungs- maßnahmen	Abbruch beruflicher Eingliederungs- maßnahmen	Meldever- säumnis	verspäteter Arbeitsuch- endmeldung
Veränderung von 2006 zu 2007	21,3 %	-5,4 %	-1,9 %	42,9 %	20,0 %	0,3 %	19,2 %	58,6 %
Veränderung von 2007 zu 2008	15,9 %	6,5 %	18,6 %	11,5 %	31,6 %	11,7 %	15,0 %	22,8 %

8. Wie viele ausgesprochene Sperrzeiten wurden durch Widersprüche beziehungsweise durch gerichtliche Feststellungen in den genannten Jahren zurückgenommen?

a) Widersprüche gegen Sperrzeitentscheidungen 2006 2007 2008:

		2006	2007	2008
1.	<b>Widersprüche</b>			
	a) erhoben	61.093	70.484	71.842
	b) erledigt	62.074	71.188	71.875
2.	von den erledigten Widersprüchen (vgl. Ziff. 1.b) wurden			
	a) stattgegeben ganz	25.050	29.422	28.003
	b) stattgegeben teilweise	1.874	1.477	1.564
	c) abgelehnt	33.300	38.330	40.388
	d) auf andere Weise erledigt	1.850	1.959	1.920

b) Klagen gegen Sperrzeitentscheidungen

		2006	2007	2008
1.	<b>Klagen</b>			
	a) erhoben	4.618	4.579	4.962
	b) erledigt	6.360	5.326	4.903
2.	von den erledigten Klagen (vgl. Ziff. 1.b) wurden			
	2.1 durch Urteil/Gerichtsbescheid			
	a) stattgegeben ganz	286	221	214
	b) stattgegeben teilweise	96	52	52
	c) abgewiesen	904	698	643
	2.2 auf andere Weise erledigt	5.074	4.355	3.994
	darunter ganz oder teilweise nachgegeben	3.158	2.597	2.157

9. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wie Menschen, die durch Leistungskürzungen im SGB II und Sperr-

zeiten im SGB III sanktioniert wurden, ihren Lebensunterhalt und ihre Mietzahlungen bestreiten?

10. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über Fälle vor, in denen die Sanktionierung durch Leistungskürzung und durch Sperrzeit zu Mietschulden und infolgedessen zu Wohnungslosigkeit führte?

Die bestehenden gesetzlichen Regelungen stellen sicher, dass hilfebedürftige Personen immer ein Mindestmaß an Hilfe erhalten: Sollte wegen ruhenden Arbeitslosengeldes Hilfebedürftigkeit eintreten, kann der Arbeitslose einen Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende geltend machen. In der Grundsicherung für Arbeitsuchende gilt, dass der zuständige Leistungsträger der Grundsicherung für Arbeitsuchende bei einer Minderung des Arbeitslosengeldes II um mehr als 30 Prozent der maßgebenden Regelleistung in angemessenem Umfang ergänzende Sachleistungen oder geldwerte Leistungen erbringen kann. Diese Leistungen sind zu erbringen, wenn der Hilfebedürftige mit minderjährigen Kindern in Bedarfsgemeinschaft lebt. Bei vollständigem Wegfall des Arbeitslosengeldes II können erwerbsfähige Hilfebedürftige durch eine Verhaltensänderung die Leistungsgewährung wieder herbeiführen. Denn sowohl bei Erwachsenen als auch bei Jugendlichen haben die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende die Möglichkeit, den vollständigen Wegfall des Arbeitslosengeldes II in eine abgestufte Sanktionierung umzuwandeln, wenn der Betroffene sich nachträglich bereit erklärt, seinen Pflichten nachzukommen. In der Folge werden bei Erwachsenen in der Regel die Kosten für Unterkunft und Heizung wieder vollständig übernommen sowie 40 Prozent der Regelleistung gewährt. Auch bei Jugendlichen ist die Gewährung von Leistungen für Unterkunft und Heizung in diesen Fällen wieder sichergestellt. Ergänzend können Sachleistungen erbracht werden. Mietschulden können im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach § 22 Absatz 5 SGB II übernommen werden, soweit dies zur Sicherung der Unterkunft oder zur Behebung einer vergleichbaren Notlage gerechtfertigt ist. Sie sollen übernommen werden, wenn dies gerechtfertigt und notwendig ist und sonst Wohnungslosigkeit einzutreten droht. Mietschulden sollen grundsätzlich als Darlehen übernommen werden. Da es sich hierbei um eine Sollvorschrift handelt, kann in begründeten Einzelfällen die Schulden-

übernahme auch als Beihilfe erfolgen. Hierüber muss der zuständige Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende entscheiden und seine Entscheidung begründen. Für Personen im Niedriglohnbereich, bei Selbständigkeit und bei Arbeitslosengeldbezug, die keine Leistungen nach dem SGB II beziehen, kommt eine Mietschuldenübernahme nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch – Sozialhilfe in Betracht. *Quelle: elektronische Vorabfassung im Internet*

## Glossen von Luise F. Pusch

### Heutige Feministinnen

Zum 75. Geburtstag von Kate Millett am 14. September wurde ich vom Schweizer Rundfunk DRS interviewt. Ich erging mich voller Begeisterung über den einsamen Rang dieser Vordenkerin. Sie sei das A und O der Neuen Frauenbewegung, habe ihr die Initialzündung gegeben und zugleich ihr theoretisches Fundament gelegt. Der Slogan "Das Private ist politisch", den Helke Sander 1968 prägte, werde durch Milletts Hauptwerk *Sexus und Herrschaft (Sexual Politics)* von 1970 bestätigt und breit belegt.

"Gut", sagte der Interviewer, "und wie denken heutige Feministinnen über Kate Millett?"

Darauf ich: "Wie meinen Sie das, 'heutige Feministinnen'? Ich habe doch gerade ausgeführt, was ich als heutige Feministin über Kate Millett denke. Und alle Feministinnen, die ich kenne, denken genau so. Wir leben noch, genau wie Kate Millett."

Dieser Passus wurde übrigens aus dem Interview herausgeschnitten.

Der Vorgang erinnerte mich an einen Briefwechsel, den ich vor zwei Jahren mit den Autorinnen der schönen Webseite In.p.ut hatte. Ich hatte mich sehr erfreut über die Webseite geäußert, die im Rahmen von Judith Rauchs Lehrauftrag "Einführung in den Wissenschaftsjournalismus" an der Uni Tübingen entstanden war und mitgeteilt, ich würde sie gern auf FemBio verlinken, könne das aber erst tun, wenn die 12 Autorinnen die irreführende Selbstbezeichnung "Autoren" zu "Autorinnen" abgeändert hätten.

Die Webseite existiert noch, sie wird weiterhin von Autorinnen gemacht (inzwischen 18 an der Zahl) die sich weiterhin Autoren nennen. Hier meine Antwort auf ihre Begründung dafür, mit den relevanten Zitaten aus der Mail der "Autoren".

Sehr geehrte Frau—, danke für Ihre Mail. Ihre Entscheidung finde ich sehr schade.

*Wir sind uns der Bedeutung der Frauenbewegung der 1960er und 1970er bewusst und achten die Leistungen und Errungenschaften dieser Generation.*

Die Frauenbewegung existiert übrigens noch, ich auch. Die Forschung, um die es hier geht, ist aktuell und stammt aus den letzten Jahren. Es handelt sich nicht um die Marotte einer einzelnen Femi-Oma, sondern um ein Anliegen (sprachliche Gerechtigkeit), für das sich zahllose politische Gremien einsetzen.

*Trotzdem ziehen wir unsere Identität eher aus der Qualität und den Inhalten unserer Arbeit als aus einem Suffix an der Berufsbezeichnung. Wir sehen Gleichberechtigung als die Möglichkeit, Leistungen wirklich geschlechtsneutral zu bewerten. Die Bezeichnung "Autoren" ist Ausdruck dieser Haltung und bewusst gewählt.*

Diese Bezeichnung ist nicht neutral, sondern nur pseudoneutral. Wenn der Oberbegriff ("Autoren") mit einem seiner Unterbegriffe ("Autoren" vs. "Autorinnen") identisch ist, kann er nicht neutral sein. Anders ausgedrückt: Nur wenn es "das Autor" hieße und wir neben "die Autorin" auch "der Autorich" hätten, wäre "Autor" neutral.

*Darüber hinaus war das von Frau Rauch geleitete Seminar in diesem Semester - im Unterschied zum vergangenen - für Frauen und Männer konzipiert. Mit diesem Wissen haben wir das Seminar belegt und es war uns wichtig, eine Webpage zu gestalten, die Männer und Frauen gleichermaßen anspricht.*

Sie ist in der Tat sehr ansprechend, Kompliment! Aber die Bezeichnung "Autoren" für eine Gruppe von Autorinnen erinnert mich an jenen alten Spruch auf dem Beipackzettel der Tampon-Packung: "Die Menstruation ist bei jedem ein bisschen anders".

*Deshalb lehnen wir eine Änderung des Begriffs in seine weibliche Form ab, da diese uns unnötig und als der Gleichberechtigung entgegengesetzt erscheint. Wir sind zwar dem Geschlecht nach Frauen,*

*aber im Rahmen der Arbeit an der Website waren wir in erster Linie Journalisten. Nicht einmal die Kanzlerin nennt sich Bundeskanzler.*

*Sollte diese Entscheidung einer Verlinkung von In.Put auf Ihrer Homepage entgegenstehen, bedauern wir das, nehmen es aber in Kauf.*

Vielleicht können Sie ja diese interessante Streitfrage zum Gegenstand einer zukünftigen Recherche machen.

Freundliche Grüße, Luise F. Pusch

Falls diese jungen Frauen und "Autoren" überhaupt Feministinnen sind (vielleicht eher Feministen?), sind sie jedenfalls keine heutigen, sondern von vorgestern. So wie sie argumentierten wir nicht einmal in präfeministischen Zeiten. 18 Autorinnen waren schon in den 50er und 60er Jahren 18 Autorinnen. Kam ein Autor hinzu - ja dann waren es plötzlich 19 Autoren. Bis Kate Millett auf den Plan trat und all die anderen.

Aber vielleicht sind sie auch morgige Feministinnen und benutzen schon das Schema "das Autor, die Autorin, der Autor" (mein Vorschlag für eine sonnige Sprachzukunft aus dem Jahr 1980). Frauen sind zu allem fähig.

Luise F. Pusch am 20.09.2009

© 2007 Fembio e.V., <http://www.fembio.org>

### **Die Unterschriftenliste für Polanski**

von Helke Sander

Mal abgesehen davon, dass ich niemandem wünsche, Insasse eines amerikanischen Gefängnisses zu werden und mir auch nicht zutraue, darüber zu befinden, welche Strafe nach 30 Jahren angemessen wäre, war für mich am eindrucksvollsten bei der schnellen Unterschriftenaktion deutscher Regisseure für Polanski, in der sein Vergehen nicht mit einem Satz erwähnt wurde, dass dadurch ein Schlaglicht auf die immer noch selbstverständliche und gleichzeitig unbewusste Ideologie männlicher Überlegenheit geworfen wurde. Die Betonung liegt hier auf unbewusst. Das ist aber nicht entschuldigend gemeint, denn von Frauen verlangt man auch, dass sie sich im Lauf der Zeit neuere Erkenntnisse zu eigen machen, wenn sie nicht für blöd gelten wollen. Die gleichen Leute, die hier unterschrieben haben, haben sich meist im Lauf der Jahre schon kritisch zu Rechtsex-

tremismus geäußert, und sie würden weit von sich weisen, Frauen zu Objekten zu degradieren, aber sie tun es ununterbrochen. Diese Unterschriftenliste empfinde ich heute, nach über 40 Jahren Frauenbewegung, als mindestens genauso skandalös wie ihren Anlass.

(Unterschrieben haben: Wim Wenders und Tom Tykwer, Tilda Swinton, Pedro Almodóvar, Monica Bellucci, David Lynch, Ettore Scola, Martin Scorsese, Fatih Akin, Volker Schlöndorff, Woody Allen u.a.)

Sie merken es nicht mal, dass sie die Öffentlichkeit, die sie weitgehend selber repräsentieren, immer wieder mit viel Nachschub an männlicher Überlegenheitsideologie versorgen.

Die Vergewaltigung durch Polanski an dem jungen Mädchen überhaupt öffentlich in Frage stellen zu lassen, liegt auf der gleichen Linie wie eine Szene im neuen Almodovar-Film „Zerrissene Umarmungen“, wo gleich am Anfang des Films der ältere blinde Regisseur der jungen Frau, die ihn über die Strasse nach Hause geführt hat, eine Selbstbeschreibung entlockt, und sie es schon nach fünf Minuten mit dem bekannten anwachsenden Gestöhne der Frau in der tausendfach im Kino gesehenen Manier auf dem Sofa treiben. Offenbar kann ein Mann erotisch noch so unattraktiv sein, er wird immer inszenieren, dass ihn per se jede Frau unwiderstehlich findet und selber daran glauben.

Dazu passt dann auch, dass Filme von Frauen immer rarer werden. In der Bewerbung um den europäischen Filmpreis 09 sind es sechs von 48, die es in die engere Auswahl geschafft haben. In den Filmschulen sind die Geschlechter mehr oder weniger im Gleichgewicht. Wo bleiben all diese Frauen?

Auf: [www.fembio.org](http://www.fembio.org). am 10/09

## Netzwerke/Aktionen Resolutionen

### Give the women of Europe the right to free abortion!

All around the world, women are denied their right to free, legal and safe abortions. Even in Europe, women are deprived of the control over their own bodies and the number and spacing of children. It is the every-

day reality facing women in Ireland, Poland and Malta.

When a state denies a woman the right to her own body, integrity and health, it is a violation of her human rights. A woman deprived of the choice of carrying out or terminating a pregnancy is being violated in that precise way.

Despite this, abortion is still considered a health issue in the European Union and sorts under the principle of subsidiarity; to be regulated by the individual member countries. But why should the principle of subsidiarity include a human right that, due to biological reasons, only concerns women, when the respect for human rights in all other matters is a criterion for the EU-membership?

Nowhere in the world should a woman be forced to use a hanger, eat washing powder or see a quack doctor to terminate an unwanted pregnancy, when safe abortion methods are available.

A cornerstone of the European Union is to work for gender equality and health. Therefore, women who lack the access to free, legal and safe abortions in the EU-countries such as Ireland, Malta and Poland, can no longer be ignored. The governments of these countries must be put under pressure.

It is time for the EU to secure the right to free, safe and legal abortions and render it a human right.

Do you want to put pressure on the European power holders? Join 4662 others in collecting one million signatures for the right to free abortion. Sign the Make Noise for Free Choice.

Quelle mit der Unterschriftenliste unter: : [www.makenoiseforfreechoice.eu](http://www.makenoiseforfreechoice.eu)

### My body, my choice – Abtreibung ist Frauenrecht!

**Aktion von „Pro Choice München“**  
Medieninformation von „Pro Choice München – Für das Recht auf Abtreibung“ zur Kundgebung und Parade am Samstag, 24. Oktober 2009 in München (12 Uhr, Georg-Freundorfer- Platz).

Anlass der Kundgebung und Streetparade, ist der am 24. Oktober in München stattfindende sog. "1000-Kreuze-Marsch". Organisiert wird dieses anti-aufklärerische und reaktionäre Event, von christlichen Funda-

mentalisten wie "Euro Pro Life" und "Helfer für Gottes kostbare Kinder e.V. in einer Allianz mit der extremen Rechten. Vereint sind beide in der Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts der Frau und der Degradierung zum bloßen Objekt, zur „Gebärmaschine“. Auch ein Vertreter der katholischen Kirche, der Prälat Josef Obermaier (Seelsorgereferent der Erzdiözese), sieht laut SZ vom 16.10. keine Differenzen mit den Inhalten der AbtreibungsgegnerInnen, sondern lediglich ein organisatorisches Vereinnahmungsproblem durch Neo-Nazis.

An eben diesem 24. Oktober wird das Bündnis "Pro Choice München" mit einer Streetparade durch das Westend ziehen, um dort das politische Anliegen zum Ausdruck zu bringen und den Stützpunkt der selbsternannten Lebensschützer symbolisch anzugehen: Das 'Lebenszentrum Mutterhaus' in der Westendstraße. Dieses wird von den beiden ominösen Vereinen „Euro Pro Life“ und „Helfer für Gottes kostbare Kinder e.V.“, getragen. Von diesem Stützpunkt aus, werden Frauen, die auf dem Weg in die um die Ecke gelegene ambulante Tagesklinik in der Fäustlestraße sind, von VereinsaktivistInnen belästigt und beschimpft. Laut Selbstauskunft des Vereins handelt es sich hierbei um eine sog. "Gehsteigberatung". Dieser Zustand muss ein Ende haben!

Christliche FundamentalistInnen, AbtreibungsgegnerInnen und etwa hundert Neonazis aus der Region marschierten schon einmal vor einem Jahr, am 4. Oktober 2008, unter dem Motto "1000 Kreuze für das Leben" gemeinsam durch München. Die Zahl "1000" bezieht sich auf die angebliche Zahl der an einem Werktag in Deutschland vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüche. Diese Zahl ist frei erfunden. Dabei war auch der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Karl Richter, welcher auch im Münchner Stadtrat städtische Unterstützung für die sog. "Gehsteigberatung" beantragt hat.

Alle Menschen, die das Recht auf Selbstbestimmung der Frau teilen, sind herzlich willkommen, sich an der Streetparade am 24.10.09 ab 12 Uhr am Georg-Freundorfer-Platz zu beteiligen.

Simone Kraft, Mitbegründerin des „Antisexistischen Aktionsbündnisses München“

(asab\_m) und Mitorganisatorin der Proteste gegen den "1000-Kreuz-Marsch" erklärt stellvertretend für das Bündnis "Pro Choice München":

"Wir werden nicht hinnehmen, dass jemand anderes außer der Betroffenen, die Entscheidung für oder gegen eine Abtreibung fällt! Das Recht am eigenen Körper lassen wir uns weder von christlich-fundamentalistischen, noch von völkisch-rassistischen Argumentationsweisen absprechen."

### **Post für Frau Merkel:**

#### **Nein zu Kriegsgewalt gegen Frauen!**

Im Rahmen der Kampagne „Im Einsatz für Frauen in Kriegs- und Krisengebieten“ hat *medica mondiale* mit lautstarker Unterstützung einer Samba-Band mehr als 7.000 Postkarten an Bundeskanzlerin Angela Merkel übergeben. *medica mondiale* fordert damit die Bundeskanzlerin auf, sich gegen Kriegsgewalt an Frauen einzusetzen und insbesondere Maßnahmen gegen die Politik der Demokratischen Republik (DR) Kongo zu ergreifen.

Mit der Kampagne „Im Einsatz für Frauen in Kriegs- und Krisengebieten“ macht *medica mondiale* auf die unerträgliche Situation tausender Frauen in kriegsgeprägten Konflikten weltweit aufmerksam. So wurden allein in der DR Kongo im Jahr 2008 nach Schätzungen des UN-Menschenrechtsrates rund 100.000 Frauen vergewaltigt – sowohl von Regierungssoldaten als auch von Milizen. „Es ist ein Skandal, dass diese schweren Menschenrechtsverletzungen vor den Augen der Weltöffentlichkeit andauern“, so die Gründerin der Organisation Monika Hauser. Im Gespräch mit dem Bundeskanzleramt anlässlich der Postkartenübergabe fordert die Organisation daher nachdrücklich von der deutschen Politik, den Worten endlich Taten folgen zu lassen. Die UN-Resolution 1820 von verganginem Jahr gebe den Regierungen alle Mittel an die Hand, um endlich konkret zu werden. Die Resolution hatte Vergewaltigung und andere Formen sexualisierter Gewalt als „Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder konstitutiver Akt eines Völkermords“ bezeichnet. „Auf dieser Basis ist es Zeit, wirtschaftliche Sanktionen zu verhängen, Reiseverbote gegen Verantwortliche auszusprechen und die Zusammenarbeit zu verweigern“, erklärte Hauser.

„Da es der kongolesischen Regierung an politischem Willen zu mangeln scheint, sich vehement gegen sexualisierte Gewalt an Frauen einzusetzen, muss die Bundesregierung alle Zahlungen im Rahmen ihrer bilateralen Zusammenarbeit an die DR Kongo so lange einfrieren, bis sich die kongolesische Regierung eindeutig und unmissverständlich gegen die sexualisierte Gewalt an Frauen einsetzt, sexualisierte Verbrechen gegen Frauen und Mädchen ächtet und Tätern mit Strafverfolgung droht“, forderte die Menschenrechtsexpertin der Organisation, Selmin Caliskan, bei dem Gespräch im Bundeskanzleramt. Die DR Kongo ist seit Februar 2008 Partnerland der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands und erhielt bislang etwa 20 Millionen Euro.

Grundsätzlich müsse die Entwicklungszusammenarbeit mit der DR Kongo neu ausgerichtet werden. Die finanzielle Hilfe durch den Friedensfonds der Bundesregierung richtet sich derzeit auf den Aufbau von Infrastrukturen, den Staatsaufbau sowie die Reintegration der inländischen Truppen. Dabei fördere der Fonds vor allem Projekte mit hohen Antragssummen und kurzen Laufzeiten. Beide Kriterien würden kleine Projekte zu Gunsten von vergewaltigten Frauen ausschließen. „Die direkten Gelder der deutschen an die kongolesische Regierung sollten an Organisationen vergeben werden, die sich für das Überleben und den Schutz von vergewaltigten Frauen und Mädchen einsetzen. Sie könnten kurzfristig genutzt werden, um einen Fonds zur psychosozialen, medizinischen, ökonomischen und juristischen Unterstützung von vergewaltigten Frauen einzurichten. Ein derartiger, leicht zugänglich angelegter Fonds mit unmittelbarer Auszahlung an kongolesische Organisationen ist überfällig“, so Caliskan. *Quelle: www.medicamondiale.org*

### **Kampagne gegen Mangelernährung: Erste Auswertung**

*Pressemeldung des Bündnisses für 500 Euro Eckregelsatz vom 19.08.2009*

Bonn/Göttingen/Frankfurt – „CDU, SPD, FDP und Grüne ignorieren Mangelernährung mit Hartz IV“ so das Fazit des Bündnisses gegen Mangelernährung durch Hartz IV in einer ersten Auswertung. Vor gut zwei Wochen hatte das Bündnis alle

Bundestagsabgeordneten angeschrieben und sie zur Stellungnahme oder Unterstützung für eine Anhebung des Hartz-IV-Eckregelsatzes auf 500 Euro und einen Mindestlohn von 10 Euro aufgefordert. Mit Ausnahme der Union gab es von allen Fraktionen Reaktionen.

Die FDP setzt auf Bürgergeld in Höhe des gegenwärtigen Niveaus von Hartz IV und eine massive Förderung von Lohnsenkungen durch staatliche Lohnzuschüsse. Die SPD rechtfertigt in der Manier einer Werbeagentur das gegenwärtige Regelsatzniveau der Hartz-IV-Bezieher. Der Bedarf an gesunder Ernährung sei gedeckt, höhere Forderungen seien unseriös, weil nicht wissenschaftlich belegt. Belege nimmt die SPD jedoch nicht zur Kenntnis. Bündnis-90/Grüne umgehen das Problem, dass auch mit 420 Euro Eckregelsatz Mangelernährung akzeptiert wird. SPD und Grüne lehnen einen gesetzlichen Mindestlohn deutlich oberhalb des Hartz-IV-Niveaus weiterhin ab. Einzig die Linkspartei stimmte unserer Forderung nach 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro Mindestlohn zu. Aber nur wenige ihrer Abgeordneten unterzeichneten bisher unseren Aufruf.

Konkret setzte sich kein Abgeordneter damit auseinander, dass der Hartz-IV-Eckregelsatz nur täglich 1580 kcal für gesunde Ernährung zulässt, während ein Erwachsener aber 2550 kcal benötigt. In der Regel nahmen die Abgeordneten unser Mail nur zum Anlass, uns ihr jeweiliges Parteiprogramm wiederzugeben. "Die Reaktionen der Abgeordneten zeigen, dass das Bündnis mit dem Thema Mangelernährung durch Hartz IV ins Schwarze getroffen hat", so Martin Behrsing vom Erwerbslosen Forum Deutschland.

Das Bündnis will in den kommenden Wochen seine Aktivitäten verstärken, um auf den Skandal der Mangelernährung aufmerksam zu machen.

Infos unter <http://www.500-euro-eckregelsatz.de>

Kontakt: Martin Behrsing 0160-99278357

### **Das Projekt "Frauenkompetenz in der Finanzkrise" von attac**

Seit April diesen Jahres gibt es das Projekt "Frauenkompetenz in der Finanzkrise" bei attac Deutschland

Ziele des Projekts sind:

- Frauen zu ermutigen, sich in die aktuellen Krisendiskussionen einzubringen Materialien sammeln und bereit stellen
- Alternativvorschläge aus der feministischen Ökonomie aufnehmen und vorstellen
- MultiplikatorInnen zu dem Thema ansprechen und ein Netzwerk dazu aufbauen
- die individuelle Betroffenheit von der Krise erkennen, auszuwerten und in die öffentliche Diskussion mit einzubringen - denn Finanz-, Steuer- und Fiskalpolitik hat je nach sozialer Lage unterschiedliche Auswirkungen auf die Menschen und das gilt auch für das Geschlecht.

Dazu hat sich eine Gruppe von attac Mitgliedern und attac nahe stehenden Personen aus unterschiedlichen Zusammenhängen gegründet. Durch eine für das Projekt konzipierte halbe Stelle bei attac (gefördert durch Bundesmittel) kann die Projektarbeit mit aufgebaut, unterstützt und koordiniert werden.

Diese Aufgabe wird von Deborah Ruggieri, Kultur – und Politikwissenschaftlerin M.A. ausgeführt. In den letzten 3 Monaten hat sich die Projektgruppe "Finanzfrauen" konstituiert.

Die Projektgruppe arbeitet aktuell an:

- dem Aufbau einer eigenen Web - Seite und Material für die Öffentlichkeitsarbeit (Flyer, Newsletter, Finanz - Glossar)
- einer Vernetzung mit unterschiedlichen Frauenzusammenhängen, um den Kreis der Diskussionen zu erweitern und einen Austausch zu fördern.

Der Recherche und Sammlung von Artikeln und Publikationen zu dem Thema der Vernetzung mit unterschiedlichen Gruppen und Gremien innerhalb von attac und deren Mitgliedsorganisation.

[www.attac.de](http://www.attac.de)

### **Atomkritische Ärzteorganisation IPPNW fordert per Petition den Deutschen Bundestag auf, den Strahlenschutz für Bürger zu verbessern**

Berlin (soz) - Die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW fordert den Deutschen Bundestag in einer Petition auf, den Strahlenschutz für Bürger zu verbessern. Als neuer Standard soll ein „Reference Embryo“ mit höherer Strahlensensibilität dienen. Ausgelöst hat diese Petition eine im De-

zember 2007 veröffentlichte „Epidemiologische Studie zu Kinderkrebs in der Umgebung von Kernkraftwerken (KiKK-Studie)“. Haupt-Ergebnis der Studie ist: „Je näher ein Kleinkind unter 5 Jahren an einem bundesdeutschen Atomkraftwerk wohnt, desto größer ist die Gefahr, dass es an Krebs und Leukämie erkrankt.“ Daraus wurden bisher weder im Strahlenschutz noch in der Politik Konsequenzen gezogen.

Strahlenschutz-Standard ist bislang ein „Reference Man“, der seit 1974 als hypothetische Grundlage für alle Rechenmodelle und Regelwerke dient. Dabei wird ein 25-30 Jahre alter weißer Mann vorausgesetzt, der etwa 76 kg wiegt und ca. 1,70 m groß ist, dessen Immunsystem intakt ist und der über optimale Zellreparaturmechanismen verfügt. „Das Beharren der Strahlenschutzkommission (SSK) auf diesen überholten erwachsenen ‚Reference Man‘ verhindert wirksamen Strahlenschutz für Frauen, Kinder und Embryos“, so Dr. Winfried Eisenberg, Kinderarzt und Mitglied der IPPNW. „Ein Embryo ist wesentlich gefährdeter als ein erwachsener Mensch. Das liegt am schnellen Wachstum und der damit verbundenen hohen Zellteilungsrate. Zellen mit hoher Teilung erleiden mehr Strahlenschäden als Zellen in der Ruhephase eines älteren Menschen.“

Laut Bundesregierung existiert kein Zusammenhang zwischen dem Anstieg von Krebserkrankungen bei Kleinkindern in der Nähe von Atomkraftwerken und der Strahlenbelastung: Die radioaktive Belastung der Bevölkerung durch den Betrieb der AKWs müsse 1.000-fach höher sein, um Krebs auszulösen. „Diese Argumentation steht auf tönernen Füßen“, erklärt Reinhold Thiel, Vorstandsmitglied der IPPNW. „Hier wird vernachlässigt, dass jüngste Forschungen belegen, dass die Ursachen der Leukämie-Entstehung bei Kleinkindern schon vor der Geburt im Mutterleib gesucht werden müssen“, so Thiel. Nicht berücksichtigt werde auch, dass die individuelle Strahlenbelastung nicht direkt gemessen, sondern indirekt aus gemessenen Emissionswerten simuliert werde. Dies berge erhebliche Fehlerquellen. Die Messungen würden außerdem nicht von der Aufsichtsbehörde selbst, sondern von den AKW-Betreibern durchgeführt und den Behörden nur gemittelt mitgeteilt. Dadurch würden aber gefährliche Spitzenwerte (Peaks) bei

der Berechnung nivelliert. „Gerade diese Peaks spielen jedoch bei der Auslösung von Leukämie bei noch ungeborenen Kindern eine erhebliche Rolle,“ erklärt der IPPNW-Arzt.

21. August 2009

### **Pressemitteilung des Deutschen Juristinnenbundes zur Quotierung bei der Bundestagswahl**

Pressemitteilung v. 11.8.09 zur paritätischen Besetzung von Kandidatenlisten und Wahlkreisen mit Frauen und Männern zur Wahl des Deutschen Bundestages und unterstützt entsprechende gesetzliche Quotenregelungen ("Parité").

Der djb begrüßt das am 10. August 2009 in Berlin von der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgestellte Rechtsgutachten von Prof. Dr. Silke Ruth Laskowski, Universität Kassel. Das Gutachten legt dar, dass die gesetzliche Quotierung von Kandidatenlisten und Wahlkreisen im Vorfeld der Bundestagswahlen nicht nur verfassungsrechtlich zulässig, sondern darüber hinaus auch zur Beseitigung der seit Jahren anhaltenden Unterrepräsentanz von Parlamentarierinnen im Deutschen Bundestag verfassungsrechtlich geboten ist.

Obgleich die wahlberechtigten Frauen in Deutschland seit Jahren in der Mehrheit sind (z.B. Bundestagswahl 2005: von knapp 61,9 Mio. Wahlberechtigten waren 32,2 Mio. Frauen, hingegen nur 29,4 Mio. Männer, Quelle:www.bundeswahlleiter.de), stagniert der Anteil der weiblichen Abgeordneten (wA) im Bundestag seit 1998 bei etwa 30 % (zielführend waren insoweit interne Frauenquoten einzelner Parteien: SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke - zuvor zum Vergleich: BT 1957: 10,7 % wA, BT 1972: 5,8 % wA), während der Anteil der männlichen Abgeordneten (mA) etwa 70 % ausmacht (zuvor: BT 1957: 89,3 % mA, BT 1972: 94,2 % mA). Die Mehrheit des (Wahl-)Volks und deren Interessen - also die Wählerinnen und deren Interessen - wird demnach seit Jahren nicht angemessen im Deutschen Bundestag repräsentiert. Damit leidet die "repräsentative Demokratie" in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahren an einem nicht mehr zu übersehenden demokratischen Defizit. Denn als Kerngehalt des Demokratiegebots gilt der allgemeine Gleichheitssatz. Er

stellt eines der tragenden Konstitutionsprinzipien der freiheitlich-demokratischen Verfassung dar (BVerfGE 6, 257, 265) und wird insbesondere durch die speziellen Gleichheitssätze des Art. 3 Abs. 2 GG (Grundsatz der Gleichbehandlung von Frauen und Männern) und Art. 3 Abs. 3 GG (strikte Diskriminierungsverbote) konkretisiert. Daher umfasst "Volksherrschaft" im 21. Jahrhundert zwingend eine faire, gleichberechtigte demokratische Teilhabe von Frauen - und Männern - an der politischen Herrschaftsausübung.

Der staatliche Auftrag aus Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG richtet sich heute vor allem darauf, faktische, vor allem (subtile) strukturelle Benachteiligungen von Frauen zu beseitigen, die angesichts der anhaltenden Unterrepräsentanz von weiblichen Abgeordneten in allen deutschen Parlamenten, insbesondere im Deutschen Bundestag, offensichtlich vorhanden sind. Wie das Gutachten von Prof. Dr. Laskowski überzeugend ausführt, stellen Quotenregelungen auch insoweit verfassungsrechtlich zulässige und gebotene Fördermaßnahmen i. S. v. Art. 3 Abs. 2 S. 2 GG dar, die nicht zu einer Verletzung der Parteienfreiheit gem. Art. 21 GG oder der Wahlrechtsgrundsätze gem. Art. 38 GG führen. Sie gestalten die Parteienfreiheit gem. Art. 21 GG vielmehr im Rahmen der innerparteilichen demokratischen Grundsätze hinsichtlich der gebotenen effektiven demokratischen Teilhabe von Frauen aus.

Dazu die Präsidentin des djb Jutta Wagner: "Gesetzliche Regelungen zur Quotierung von Kandidatenlisten und Wahlkreisen für Parlamentswahlen sind in Deutschland schon lange überfällig, um eine chancengleiche demokratische Teilhabe von Frauen durchzusetzen. Eine künftige gesetzliche Quotenregelung nach dem Vorbild des französischen Parité-Gesetzes ist zu begrüßen."

### **FFGZ Berlin : Leitlinie zur Hormontherapie in den Wechseljahren**

Pressemitteilung v. 21.09.2009

Seit Jahren belegen seriöse Studien, dass die Einnahme von Hormonen große gesundheitliche Risiken birgt und sie nur noch in Ausnahmefällen einzusetzen sind. Obwohl das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte, unabhängige Ärzte

und Behörden schon seit 2002 davor warnen, die Hormone leichtfertig zu verordnen, ist der Alltag in der gynäkologischen Standardpraxis auch im Jahr 2009 davon geprägt, Hormone zu verschreiben und ihre Risiken herunterzuspielen.

So sind immer mehr Frauen auf der Suche nach Informationen zur Bewältigung dieser Lebensphase sowie zu unschädlichen Therapieoptionen bei Wechseljahresbeschwerden. Diesen kann mit Lebensstiländerungen, wie ausgewogener Ernährung, mehr und gezielter Bewegung, Stressabbau und mit Hilfe der Komplementärmedizin gut begegnet werden. Gleichzeitig fördert dies die Gesundheit von Frauen in der Lebensmitte und darüber hinaus.

Ein weiterer Skandal wurde öffentlich: Pharmafirmen platzieren gezielt geschönte Artikel zur Hormontherapie und ihrem vermeintlichen Nutzen bei Wechseljahresbeschwerden in renommierten Fachblättern. Die Autoren werden von den Pharmafirmen bezahlt. Irreführend wurden nicht nur die Ärzte, sondern in großem Maße die Frauen, denen mithilfe dieser Argumentationen immer weiter Hormone verordnet wurden und werden – zu ihrem gesundheitlichen Schaden. Allein bei Brustkrebs wird davon ausgegangen, dass 10 bis 25 % der Erkrankungen durch die Hormone verursacht sind. In Deutschland betrifft das jährlich mindestens 5000 Frauen.

Jetzt wurde endlich die erste interdisziplinäre evidenzbasierte Leitlinie zur Hormontherapie in und nach den Wechseljahren unter Federführung der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe veröffentlicht. Ein besonderer Schwerpunkt liegt bei der Risikokommunikation, also bei der umfassenden Aufklärung eben nicht nur über den Nutzen, sondern auch über die Risiken der Hormontherapie. Dies ist begrüßenswert und überfällig.

Die 104-seitige Broschüre des FFGZ e.V. ist ein gut verständlicher pharmaunabhängiger Ratgeber mit Literatur- und Adressenteil, der interessierten Frauen und Multiplikatorinnen kompakt das Wichtigste zu der Lebensphase Wechseljahre und Älterwerden unter ganzheitlichen Aspekten und der Selbsthilfe bietet - informativ, vielseitig und gut handhabbar, als Nachschlagewerk zu nutzen - auch für gut Informierte. Für viele Frauen gilt sie als das Beste,

was auf dem vielfältigen Bücher- und Ratgebermarkt zum Thema Wechseljahre zu bekommen ist. <http://www.ffgz.de>  
Feministisches Frauen GesundheitsZentrum e.V., Bamberger Str. 51, 10777 Berlin, Tel: 030 / 213 95 97, Fax: 030 / 214 19 27

### **Lohnunterschiede zwischen Geschlechtern widerlegen neoliberale Logik**

Frauen von unsozialer Krisenpolitik besonders betroffen.

Die Löhne der Arbeitnehmer in Deutschland haben sich in den vergangenen Jahren deutlich schlechter entwickelt als in den meisten EU-Ländern. Auch bei den Gehaltsunterschieden zwischen Männern und Frauen zählt die Bundesrepublik zu den Schlusslichtern in Europa, wie aus einem gerade veröffentlichten EU-Bericht zur europäischen Einkommensentwicklung hervorgeht. Dazu erklärt das globalisierungskritische Netzwerk Attac: "Die immer größer werdende Schere zwischen Lohn- und Kapitaleinkommen wird zu Recht mittlerweile auch in der breiten Öffentlichkeit als eine der Hauptursachen der aktuellen Krise benannt. Eine der sichtbarsten Ungleichheiten, der Unterschied der Löhne zwischen Männern und Frauen, fällt in der öffentlichen Wahrnehmung allerdings oft hinten runter", stellte Marlene Werfl von der Attac-Projektgruppe "Frauenkompetenz in der Finanzkrise" fest.

Die drastischen Einkommens- und Vermögensunterschiede hätten zur Folge, dass von den liberalisierten Finanzmärkten vor allem Männer profitiert haben. "Die Opfer der Krise dagegen sind in erster Linie Kinder und Alleinerziehende - und das sind meistens Frauen", sagte Marlene Werfl. Zur Bewältigung der Krisenkosten diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die von den liberalisierten Finanzmärkten profitiert haben, bedeute daher auch ein Mehr an Geschlechtergerechtigkeit.

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, wie sie - allen Dementis aus Berlin zum Trotz - derzeit diskutiert wird, würde vor allem einkommensschwache Haushalte und damit besonders Frauen treffen. Dasselbe gelte für einen Abbau sozialer Infrastruktur. Attac fordert, den Spitzensatz der Einkommensteuer zu erhöhen, eine Sonderabgabe auf hohe Vermögen sowie eine ordentliche

Erbschaftssteuer zu erheben, die Vermögensteuer wiederzubeleben und eine Steuer auf Finanztransaktionen einzuführen. Zudem gelte es, alle Maßnahmen zur Konjunkturbelebung einem Umverteilungs-Check zu unterziehen. "Umverteilung von oben nach unten bedeutet auch Umverteilung zwischen den Geschlechtern", sagte Marlene Werfl.

Nicht nur die Finanzkrise, auch die anhaltende Ungleichheit zwischen Frauen und Männern konterkariere das marktliberale Paradigma. Marlene Werfl: "Allein die Tatsache, dass Frauen oft besser ausgebildet sind und trotzdem durchschnittlich deutlich weniger als Männer verdienen, führt die neoliberale Logik, dass sich die 'Besten' durchsetzen, ad absurdum."

Die Attac-Projektgruppe "Frauenkompetenz in der Finanzkrise" will Frauen zur Einmischung in Fragen der Finanz- und Wirtschaftspolitik ermutigen und der unterschiedlichen Betroffenheit der Geschlechter mehr Beachtung verschaffen. Attac-Projektgruppe "Frauenkompetenz in der Finanzkrise":

Pressemitteilung von Attac Deutschland, Frankfurt am Main, 8. 9.2009

<http://www.attac.de/aktuell/frauenkompetenz-in-der-finanzkrise/>

Für Rückfragen: Marlene Werfl, Attac-Projektgruppe "Frauenkompetenz in der Finanzkrise", Tel. (0781) 33 114

### **Frauenverband Courage fordert die Schließung der Flatrate-Bordelle!**

In einem Bordell wird der weibliche Körper zur Ware, in einem Flatrate-Bordell sogar zur Billig-Ware!

Seit die Wirtschaftskrise auch in den Taschen der Freier immer weniger Geld lässt, haben sich Betreiber von Bordellen mit der Einführung sogenannter Flatrate-Bordelle auf diese Situation eingestellt. Das Motto lautet „So oft du willst, mit wem, mit wie vielen und was du willst“. Den sogenannten Freiern wird ein „Alles-Inklusive-Angebot“ versprochen. Das geht selbst dem Justizminister von Baden-Württemberg Herrn Goll zu weit, der ansonsten nichts gegen „normale Bordelle“ hat. Mag die Betreiberin auch noch so laut die Vorzüge der Flatrate-Bordelle anpreisen, die Realität sieht anders aus. Viele dieser Frauen der Frauen und Mädchen kommen aus Osteuropa z.B. Rumänien und Bulgarien und sind Opfer

von Menschenhändlern, Schleusern und Zuhältern. Die Papiere werden ihnen abgenommen, eine Aufenthaltserlaubnis gibt es nicht. So werden sie, die nicht einmal der deutschen Sprache mächtig sind und schon gar nichts über ihre Rechte hier wissen, in die Illegalität getrieben. Unter diesem Druck und in Angst um ihre daheim gebliebenen Partner, Eltern oder Kinder lassen sie sich hier vieles gefallen.

Ausbeutung, sexuelle Fremdbestimmung, übertriebene Zimmermieten, hohe Abgaben an die Betreiber, damit geraten sie in die Verschuldung und müssen die Kosten „abarbeiten“. Getreu dem Flatrate-Motto müssen sie sich – so oft die Männer wollen und egal welche abartigen Praktiken sie wollen – zur Verfügung stellen. Dafür gibt es nur einen Begriff, das ist moderne Sklaverei.

Offiziell gibt es bundesweit 4 solcher Etablissements, zwei davon sind behördlicherseits inzwischen geschlossen worden. In Wuppertal befindet sich ein derartiges Bordell im Wohngebiet. Auch dort wehren sich die Anwohner zu Recht dagegen.

In einem Bordell wird der weibliche Körper zur Ware, in einem Flatrate-Bordell sogar zur Billig-Ware!

Der Frauenverband Courage fordert die Schließung der Flatrate-Bordelle, weil sie eine unerträgliche, ehrverletzende und Frauen verachtende Form der sexuellen Ausbeutung sind. Wir sprechen uns ausdrücklich für den Schutz der Prostituierten aus. Dennoch ist für uns Prostitution kein Beruf wie jeder andere!

*Frauenverband Courage, Sprecherinnen  
Magdalena Kurzeja, Linda Weißgerber  
Frauenverband Courage e.V., Bundesvorstand,  
Holsteiner Str. 28, 42107 Wuppertal  
0202 - 49 69 749*

[frauenverband-courage@t-online.de](mailto:frauenverband-courage@t-online.de)

### **"Gefährliche Antibaby-Pillen vom Markt nehmen!"**

Presse Information der Coordination gegen BAYER-Gefahren vom 1. September 2009  
Die Coordination gegen BAYER-Gefahren fordert ein Verbot der Antibaby-Pillen Yasmin, Yasminelle und Petibelle, deren Einnahme mit einem erhöhten Thrombose- und Embolie-Risiko verbunden ist. Jüngste Studien zeigen, dass Yasmin das Risiko gefährlicher Blutgerinnsel gegenüber älteren Präparaten fast verdoppelt. Der BAYER-Konzern erlöste mit der Yasmin-

Produktgruppe im vergangenen Jahr 1,2 Milliarden Euro, BAYER ist nach eigenen Angaben Weltmarktführer bei hormonellen Verhütungsmitteln.

Jan Pehrke vom Vorstand der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG): "Es ist empörend, dass neue Verhütungsmittel gefährlicher sind als alte, nur weil sie mit Versprechen wie "Gewichtsabnahme" und "wirkt gegen Akne" auf dem Lifestyle-Markt punkten wollen. Hiermit sollen besonders junge Frauen geködert werden. Wenn das der medizinische Fortschritt sein soll...". In den Werbekampagnen für Yasmin werden die Risiken mit keinem Wort erwähnt. Das Marketing zielt in erster Linie auf Anwendungen wie Akne-Behandlung und Gewichtsregulierung ab. "Was Yasmin so gefährlich macht, ist genau der immer wieder beschworene "Figur-Bonus". Denn indem das in Yasmin enthaltene Hormon Drospirenon Wassereinlagerungen entgegenwirkt, macht es zugleich das Blut zähflüssiger und steigert so die Embolie-Gefahr", so Pehrke weiter.

Auch Betroffene setzen sich für ein Verbot ein. "Dass ich noch lebe, ist ein Wunder und auf unglaublich tolle Arbeit der Ärzte und einige glückliche Umstände zurückzuführen. Um zu verhindern, dass weitere junge Frauen ein ähnliches oder sogar tödliches Schicksal erleiden, muss die Problematik publik gemacht werden", so Felicitas Rohrer. Die 25jährige erlitt nach der Einnahme von Yasminelle eine schwere Lungenembolie. "Fatal an dieser Pille ist, dass sie sich gezielt an junge Mädchen richtet. Die erste Packung kommt in einem schicken, silberfarbenen Schächtelchen mit Schminkpinsel daher. Zusammen mit dem angeblichen Vorteil, dass man nicht an Gewicht zunimmt, erhöht das die Akzeptanz bei jungen Frauen natürlich enorm. Aber sie erfahren nichts davon, dass sie damit ein höheres Risiko für Thrombosen und Embolien haben. Wir wollen doch nur nicht schwanger werden und nicht unser Leben riskieren!", so Rohrer weiter. Nach Angaben des Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) kam es in Deutschland zu "sieben Todesfällen im Zusammenhang mit der Anwendung des Arzneimittels Yasmin". Schon bei der Zulassung hatte die Fachzeitung arzneitelegramm von einer Anwendung abgera-

ten. Auch der "Berufsverband der niederländischen Allgemeinärzte" warnt seine Mitglieder ausdrücklich vor einer Verordnung. In den USA hatte Yasmin wegen der zu befürchtenden Risiken und Nebenwirkungen schon bei der Zulassung Probleme. Mittlerweile wurden in den USA mehrere Sammelklagen eingereicht, bis zu fünfzig Todesfälle werden dort mit Yasmin in Verbindung gebracht.

BAYER verweigert Angaben zur Häufigkeit von schweren Nebenwirkungen und Todesfällen, angeblich um "die Kundinnen nicht zu verunsichern". Hierzu Hubert Ostendorf vom Vorstand der CBG: "Das Ziel von BAYER ist es, Hormonpräparate weltweit als Standard- CBG fordert eine Offenlegungspflicht aller gemeldeten Nebenwirkungen und aller Anwendungsstudien sowie wirksame Strafen für unlautere Pharma-Werbung. In den USA hatte BAYER kürzlich 20 Millionen Dollar Strafzahlungen für falsche Versprechungen in Yasmin-Spots zahlen müssen.

Auch in der Schweiz waren kürzlich eine Reihe schwerer Erkrankungen nach Yasmin-Einnahme bekannt geworden, seitdem wird die Forderung nach einem Verbot breit diskutiert. Erika Ziltener, Präsidentin des Dachverband Schweizerischer Patientensstellen, gegenüber der Zeitung Sonntag: "Die Behörden müssen das Medikament vom Markt nehmen. Swissmedic [Schweizer Zulassungs- und Aufsichtsbehörde für Heilmittel] muss jetzt genau abklären, welches Risiko junge Frauen mit der Einnahme der Pille Yasmin eingehen".

Über die Gründe für den Erfolg von Yasmin bestehen auch in der Schweiz keine Zweifel. "Es sind alles Lifestyle-Faktoren, weshalb die Mädchen die Pille verlangen", so Franziska Maurer-Marti von der Schweizerischen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe.

Für Rückfragen an die CBG und an Frau Rohrer: CBGnetwork@aol.com , Tel 0211-333 911

### **Kritik an Hartz IV: Erfahrungsberichte von Frauen gesucht!**

Das Kofra – Kommunikationszentrum für Frauen zur Arbeits- und Lebenssituation - möchte zum Thema Kritik an Hartz IV aktiv werden und sucht Frauen, die bereit sind, ihre Erfahrungen aufzuschreiben, damit sie öffentlich werden können.

Was wir aus unseren Beratungen zu Hartz IV im Kofra erfahren, ist oft dermaßen deprimierend und empörend, dass wir dabei sind, eine Gruppe von Frauen aufzubauen, die mit uns zusammen aktiv werden und etwas verändern wollen. Zugleich unterstützen wir andere Initiativen wie z.B. das Sanktionsmoratorium und vernetzen uns mit anderen Gruppen, um gemeinsame Strategien zu verfolgen, entwürdigende Praktiken der ARGE zu beenden und besser noch: Hartz IV abzuschaffen.

Wir denken, dass wir gemeinsam etwas bewegen können.

Frauen, die mitmachen möchten, sind herzlich eingeladen, ins Kofra zu kommen oder anderweitig mit uns Kontakt aufzunehmen:  
Tel: 089- 2010450, Fax: 089 – 2022747,  
email: kofra-muenchen@t-online.de

## Themen

### **Globale Konsequenzen der Finanzkrise auf Mädchen und Frauen**

In Deauville debattierten Aktivistinnen über die globalen Konsequenzen der Finanzkrise auf Mädchen und Frauen - Kürzungen der Entwicklungshilfe käme Todesurteilen gleich.

Deauville - Das "Women's Forum for the Economy and Society" hat auf einer Konferenz in Deauville, Frankreich, auf die Auswirkungen der Finanzkrise auf Frauen hingewiesen. Insgesamt 1.000 Aktivistinnen, Unternehmerinnen und Politikerinnen trafen sich, um die weltweite Situation von Frauen zu diskutieren, berichtet der britische Guardian.

### **Wirtschaftskrise "eine Frage von Leben und Tod".**

Die im Irak geborene Gründerin der Organisation Women for Women International, Zainab Salbi, versuchte in ihrer Rede klar zu machen, wie ernst die Situation sei. Eine kongolesische Frau habe sich an sie gewandt und gemeint: "Für den Westen bedeutet die Wirtschaftskrise eine Veränderung im Lifestyle, für uns ist es eine Sache von Leben und Tod." Mädchen und Frauen seien die stummen Opfer der Bankenkrise, so Salbi. Ihre Situation habe sich in den vergangenen Monaten stark verschlechtert. Von einem Dollar Entwick-

lungshilfe käme in Entwicklungsländern am Ende nur ein halber Cent den Frauen zu Gute.

### **Kürzung der Entwicklungshilfe mit fatalen Folgen.**

Eine Reduzierung der Entwicklungshilfe würde für die Betroffenen weiteres Elend bedeuten. "Westliche Länder möchten vielleicht durch solche Entscheidungen ihre Bilanzen ausgleichen, aber die Auswirkungen werden Hungersnöte und weiter steigende Unsicherheit im Leben der Menschen sein", so Salbi. Das führe jedoch zu neuen Konflikten, die am Ende auch die Bevölkerung der westlichen Industrieländer betreffen würden. Ngozi Okonjo-Iweala, Managing-Director der Weltbank und frühere nigerianische Finanzministerin, sprach ebenfalls auf der Konferenz und versuchte auf die Lage der Frauen hinzuweisen. Die Menschen in Entwicklungsländern hätten die Krise nicht verursacht, würden allerdings die Folgen tragen. 90 Mio. Menschen seien nun zusätzlich von Armut betroffen.

### **Frauen "das sicherste Investment von allen".**

Okonjo-Iweala und Salbi waren sich einig, dass Frauen in armen Ländern unverhältnismäßig stark betroffen seien. "Frauen und Mädchen treffen alle schrecklichen Dinge dieser Welt besonders hart: die Wirtschaftskrise, Hungersnöte, Kriege", so Salbi. Sie würden in weiten Gebieten stark benachteiligt, bekämen weniger zu essen und würden aus den Schulen genommen. Weltbank-Präsident Robert Zoellick nannte jedoch gerade die Investition in Frauen einen kräftigen Katalysator für wirtschaftliches Wachstum in Entwicklungsländern. Das sei eben nicht nur fair, sondern mache auch ökonomisch Sinn. Der Finanzmarkt gleiche oft einem Glücksspiel, so Salbi. Frauen seien jedoch das sicherste Investment von allen, schloss die "Women for Women"-Gründerin ebenfalls in ökonomistischer Logik. (pte)

*dieStandard* 19.10.2009 12:59

### **Mehr Verhütungsmittel, weniger Abtreibungen**

*Gutmacher Institut* forschte zehn Jahre lang zu *Sexualgesundheit: Verheiratete Frauen greifen mittlerweile viel öfter zu Kontrazeptiva.*

Die Zahl der ungewollten Schwangerschaften und Abtreibungen ist in den vergangenen Jahren weltweit zurückgegangen. Grund sei der zunehmende Gebrauch von Verhütungsmitteln, heißt es in einer in London veröffentlichten Großstudie des Guttmacher Instituts. Die gemeinnützige Organisation mit Sitz in New York und Washington ist auf Sexualgesundheit spezialisiert.

### **Zahl von 45,5 auf 41,6 Millionen gesunden**

Wurden zu Beginn der Studie im Jahr 1995 noch 69 von 1.000 Frauen im gebärfähigen Alter ungewollt schwanger, so fiel diese Zahl bis 2008 auf 55. Abtreibungen nahmen von geschätzten 45,5 Millionen im Jahr 1995 auf 41,6 Millionen im Jahr 2003 ab. Vor allem in den entwickelten Ländern seien diese Zahlen deutlich zurückgegangen, heißt es.

### **Afrikanerinnen verhüten seltener**

Insgesamt nutzen der Studie zufolge 2003 weltweit fast zwei Drittel aller verheirateten Frauen Verhütungsmittel, 1990 sei es nur etwas mehr als die Hälfte gewesen. Dabei gebe es vor allem in den Entwicklungsländern zum Teil deutliche Unterschiede: Während im Jahr 2003 fast drei Viertel aller verheirateten Frauen in Südamerika und der Karibik verhüteten, waren es in Afrika nur gut ein Viertel. Ein weiteres Viertel wollte zwar verhüten, konnte es sich aber nicht leisten oder durfte es aus familiären Gründen nicht. In Asien, Südamerika und der Karibik lag dieser Wert bei rund zehn Prozent.

### **Abtreibungsgesetze erschweren Betreuung**

Die Frage, ob Abtreibungen im jeweiligen Land erlaubt waren oder nicht, spielte keine Rolle, so die Studie. Seit 1997 haben 19 Länder ihre Abtreibungsgesetze gelockert, nur drei haben sie deutlich verschärft. 40 Prozent aller Frauen leben in Ländern mit strengen Gesetzen, in Afrika und Südamerika sind es nahezu alle. Das führe häufig zu heimlichen und unsicheren Abtreibungen, die jedes Jahr 70.000 Tote forderten. Zudem erlitten rund acht Millionen Frauen dabei Komplikationen, wovon nur fünf Millionen behandelt würden, heißt es abschließend.

### **Bessere Versorgung gefordert**

Die AutorInnen der Studie fordern deshalb, den Zugang zu Verhütungsmitteln zu erleichtern und Frauen mehr Möglichkeiten zu sicheren und legalen Abtreibungen zu geben sowie die medizinische Behandlung zu verbessern. (APA/dpa)

Quelle: dieStandard 14.10.2009

### **Auch Musen reicht es mal**

*Mit Iris Andrascheks Arbeit "Der Muse reicht's" stellt sich im Arkadenhof der Uni Wien nun eine Schattensilhouette gegen die männliche Hegemonie im Wissenschaftsbetrieb*

Wenn junge Studentinnen an die Universität Wien ihre ersten Studien-Wochen absolvieren, könnten sie auf der Suche nach passenden Identifikationsfiguren schon mal die Schultern hängen lassen. In der Aula werden sie zu ihrer linken von erfolgreichen Wissenschaftlern auf Glas begrüßt, ein Fragezeichen auf einer freien Glasfläche ist Platzhalter für künftige Brillanz. Sicher steht es einer jeden frei, sich in diese leere Stelle zu phantasieren, männliche Studierende dürften sich angesichts der vielen präsentierten Vorbilder aber wohl leichter tun. Auch im Arkadenhof wird ihnen noch mal versichert, dass sie an der Uni Wien und im Wissenschaftsbetrieb am richtigen Ort sind.

Frauen sind symbolisch auf der Universität also nicht vertreten, obwohl sie fast 60 Prozent der Studierenden ausmachen. Ohne am herrschenden Bild im Arkadenhof zuviel zu verändern, sollte diese fehlende symbolische Repräsentation zumindest ein Stück weit aufgehoben werden. Dazu schrieb die Universität Wien und die Bundesimmobiliengesellschaft (BIG) einen Kunstwettbewerb aus, den Iris Andraschek mit ihrer Arbeit "Der Muse reichts's" für sich entscheiden konnte. Die Arbeit wurde am 19. Oktober im Arkadenhof der Uni Wien von der Künstlerin, dem Geschäftsführer der BIG, Christoph Stadlhuber, und dem Rektor der Universität Wien, Georg Winckler präsentiert. Stadlhuber nahm dies zum Anlass, sich und Georg Winckler als "mutig" zu loben, dass "man sich getraut hat ein solches gesellschaftspolitisches Projekt durchzusetzen".

### 154 Männer-Büsten und eine Frau

Für Winckler stand fest, dass es an der Zeit sei, die "bereits eingetretenen Veränderungen an der Universität auch endlich symbolisch sichtbar zu machen." Eine Veränderung, die nicht einfach zu bewerkstelligen war: Einschränkungen gab es durch den Denkmalschutz und auch mit der Dominanz der 154 Büsten und Ehrentafeln für Männer, die einer einzigen Gedenktafel für eine Frau - jener von Marie von Ebner-Eschenbach - gegenüberstehen, ist alles andere als leicht zu brechen. Dennoch ist Andraschek ein unbescheidenes Statement für Frauen in der Wissenschaft gelungen und zwar zu Füßen der Nymphe Kastalias. In der Mitte des Arkadenhofes sitzt die Nymphe, die Hände keusch in den Schoß gelegt. Die Figur Kastalia aus der griechischen Mythologie hat sich auf der Flucht vor Apollon bei Delphi in eine Quelle gestürzt, aus der Apollon von diesem Zeitpunkt an seine Inspiration bekam. Mit "Der Muse reicht's" platzierte die Künstlerin zu den Füßen Kastalias einen großen Schatten einer Frau in protestierender Haltung mit geballter Faust. "Das Spannungsverhältnis zwischen den Männer-Büsten und dieser einzigen Frauendarstellung durch Kastalia hat mich besonders interessiert", so Andraschek. Für die Schattenfigur standen der Künstlerin Frauen Modell, die heute an der Universität lehren. "Ich habe eine Fotoserie gemacht und Frauen gebeten, zu den Versäumnissen der Ehrungspolitik von Wissenschaftlerinnen selbst eine Pose einzunehmen. Daraus wurde die finale Figur dann komponiert" erklärte Andraschek. Den Zweck der Arbeit "Der Muse reicht's" soll eine ebenfalls aus Granit (wie der Schatten auch) belegte Oberseite eines Sockels am Ende der in den Hof führenden Treppe verdeutlichen. Im Frühjahr soll noch eine zweite Sockeloberfläche mit Inschriften versehen werden, die gemeinsam mit Wissenschaftlerinnen erarbeitet werden. Für 2010 ist ausgehend von Andrascheks Kunstprojekt zudem ein Symposium geplant, das die Auseinandersetzung mit Geschlecht, Wissenschaft, Erinnerung und Repräsentation vertiefen soll. Veranstaltungen wie diese wird es wohl noch einige geben müssen, damit den symbolischen Neuerungen auch reale Veränderungen folgen, denn trotz einer höheren Zahl von Studentinnen gibt es nur 16

Prozent Frauen, die an der Universität Wien lehren - also auch eine knappe Ressource für junge Studentinnen in Sachen Identifikation. Aber vielleicht hilft ihnen nun die Muse, der es reicht, etwas weiter. (beaha, *dieStandard.at*, 20.10.2009).

### Ukrainische Studentinnen: mit Krawall gegen Sextourismus

*Wo sie auftauchen, wird's turbulent. Mit rabiatischen Mitteln kämpft die Gruppe Femen gegen Sextourismus und Prostitution in Kiew. Die Studentinnen und Schülerinnen ziehen sich aus, warnen Ausländer, werfen mit Schlamm oder Torten. Ihr Schlachtruf: "Die Ukraine ist kein Bordell!"*

"Ukrainian girls are not for sale", lautet die Botschaft auf dem Plakat. Eine Gruppe junger Frauen hat sich auf der Kiewer Flaniermeile Kreschtschatik unter die Menschenmenge gemischt. Sie tragen rosa Strumpfhosen, Miniröcke, High-Heels. "Heute gehen wir auf Patrouille", sagt Abiturientin Nastia.

Die Frauen halten Ausschau nach Ausländern. Nastia erblickt einen schick gekleideten Mann, der sich als dänischer Tourist entpuppt. Sie spricht ihn an, drückt ihm einen Flyer in die Hand. "Die Ukraine ist kein Bordell", steht darauf, plus der Hinweis, dass die Ukraine die höchste Aids-Rate Europas hat. Und dass die Mafia unterstützt, wer sich mit Prostituierten einlässt.

"Wir wollen die Sexsucht einiger Ausländer heilen"

"Wir erkennen Ausländer an ihren Gesichtszügen und an ihrer Kleidung", erklärt Nastia. "Meist liegen wir richtig." Die jungen Frauen sprechen drei südländisch aussehende Männer an. Die drei Italiener sagen, sie seien auf Geschäftsreise, beteuern, noch nie Sex mit Prostituierten gehabt zu haben. "Meist reagieren die Leute freundlich auf uns", sagt Nastia. Manchmal hagele es aber auch Pfiffe.

Letztes Jahr haben die Frauen die Organisation Femen gegründet. Die meisten Mitglieder sind Studentinnen, es gibt aber auch Schülerinnen und sogar ein paar Männer. Die Mission: Kampf gegen Sextourismus und Prostitution - und das mit krawalligen Aktionen. Verkleidet als Krankenschwestern und mit Spritzen im Gepäck zogen die Frauen zum Beispiel vor die türkische Botschaft. Anna Hutsol, Gründerin

und Leiterin von Femen, sagt: "Das war symbolisch gemeint. Wir wollten die Sexsucht einiger Ausländer heilen." Denn die Ukraine habe sich zum Reiseziel für Sextouristen entwickelt - aus allen westlichen Ländern.

Nach Angaben des ukrainischen Innenministeriums gibt es etwa 12.000 Prostituierte in der Ukraine. Jede Achte ist einer Umfrage des Kiewer Soziologischen Instituts zufolge Studentin oder Schülerin. In der Hauptstadt sei der Anteil noch höher, so Anna Hutsol: "Wir schätzen, dass 60 Prozent der Prostituierten in Kiew Studentinnen sind." Hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Einkommen und Lebenshaltungskosten wie in Westeuropa trieben viele Studentinnen in die Prostitution. Laut offizieller Statistik lag das Durchschnittseinkommen 2008 in Kiew bei 300 Euro monatlich. Wegen der Wirtschaftskrise sind die Gehälter in diesem Jahr gesunken, Tausende haben ihren Job verloren. Dabei sind Lebensmittel oder Kleidung etwa so teuer wie in Deutschland. Die Inflation soll in diesem Jahr auf 20 Prozent galoppieren; gepfefferte Studiengebühren machen Studenten zusätzlich das Leben schwer.

### **Aus "Expats" werden "Sexpats"**

Die schlechte Wirtschaftslage und lockere Einreisebestimmungen seien ein Nährboden für Sextourismus, sagt Femen-Sprecherin Tania Kozak. Zusammen mit dem Kiewer Soziologischen Institut hatte Femen eine Umfrage unter 1200 Studentinnen gestartet. 70 Prozent erklärten, schon einmal Sex-Angebote von Ausländern erhalten zu haben - in Discotheken, Bars oder einfach so auf der Straße.

Was vielen Ausländern nicht klar ist: Prostitution ist in der Ukraine nach Artikel 302 des Strafgesetzbuches verboten. Trotzdem wird Bezahl-Sex verschleiert angeboten - ob auf Web-Seiten, als "Escort-Service" getarnt oder in Nachtclubs. Im vergangenen November wurde ein 21-jähriger Concierge eines Kiewer Luxushotels verhaftet, weil er Prostituierte an ausländische Gäste vermittelt haben soll - gegen eine "Gebühr" von hundert Dollar. Ausländer, die sich mit Prostituierten einlassen, haben in Kiew längst einen Spitznamen: "Sexpats", so die Verballhornung der "Expats", der von aus-

ländischen Firmen entsandten Angestellten.

"Ausländern ist nicht bewusst, dass sie mitunter ihr Leben riskieren", warnt Tanja Kozak. Denn die Ukraine hält einen traurigen Rekord: Nirgendwo in Europa ist die Aids-Rate höher als im Land zwischen den Karpaten und der Krim. Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind in der Ukraine 1,6 Prozent der Bevölkerung mit dem HI-Virus infiziert. Zum Vergleich: In Deutschland sind es etwa 0,1 Prozent. Allein in Odessa sollen 150.000 Menschen infiziert sein, schätzt die WHO.

### **Tortenwurf auf einen Macho**

Mit einer Kampagne will Femen die Menschen sensibilisieren. So versammelten sich mit dem dem Slogan "Die Ukraine ist kein Bordell" Studentinnen auf dem Platz der Unabhängigkeit in Kiew, zogen sich aus und steckten sich Dollarscheine in den BH. Gründerin Anna Hutsol: "Würden wir in Schlabberlook rumlaufen, würde uns doch niemand wahrnehmen." Ein anderes Mal hatten sich die Studentinnen auf der Straße mit Schlamm beworfen, um gegen die "politische Schlammschlacht in unserem Land zu protestieren", so Hutsol. Wegen des Dauerzwistes zwischen Präsident Juschtschenko und Premier Timoschenko sei das Land wie gelähmt, viele Menschen seien politikverdrossen - "und wir wollen die Leute wachrütteln".

Femen sei keine feministische Organisation, betont Abiturientin Nastia: "Ich mag es, wenn mir ein Mann die Tür aufhält oder mich zum Essen einlädt." Studentin Alexandra wirft ein: "Trotzdem benehmen sich manche Männer wie Chauvinisten." Alexandra studiert an der Universität in Chmelnytsk Finanzmanagement. Im April hatte sie für landesweite Aufregung gesorgt, als sie dem Schriftsteller Oljes Buzina bei einer Buchvorstellung eine Sahnetorte ins Gesicht schleuderte. Viele Frauen waren zornig über Buzinas zuvor veröffentlichtes Traktat mit dem Titel "Frauen zurück in den Harem". Seine sonderbaren Ansichten: Frauen gehörten an den Herd und hätten sich jederzeit für Sex bereitzuhalten.

"Nach dem Tortenwurf wurde er gewalttätig, benahm sich wie ein Hooligan und sprühte den anwesenden Journalisten

Reizgas in die Augen", erzählt Alexandra. Buzina kann die Empörung über sein Buch nicht verstehen. "Es wurde über zehntausend Mal verkauft. Frauen haben mich um Autogramme gebeten", schreibt er in seinem Blog. Für Alexandra hatte die Tortenattacke keine schlimmen Folgen. Auf dem Polizeirevier habe sie eine Strafe von 85 Griwna (ca. 8,50 Euro) zahlen müssen, damit sei die Sache erledigt gewesen. "Sogar die Polizisten hatten Verständnis mit mir."

### **Performance mit DJ Hell**

Sprecherin Tania Kozak beschreibt Femen als politisch unabhängig. In einem Café in der Nähe des Unabhängigkeitsplatzes planen die Frauen Kampagnen, beschrifteten Plakate, entwerfen Flugblätter. Über soziale Netzwerke im Internet trommeln sie ihre Mitglieder zusammen und bringen das Geld für die Kampagnen aus eigener Tasche auf.

Unterstützung aus Deutschland erhielt Femen vor kurzem von Helmut Geier alias DJ Hell. "Ich bin durch einen Zeitungsartikel auf die Gruppe aufmerksam geworden", erzählt er. Auf eigene Kosten flog der Musiker in die Ukraine und inszenierte mit den Studentinnen eine Performance - mitten in der Innenstadt von Kiew. Modedesign-Studenten hatten aufwendige Kostüme entworfen, an denen symbolische Preisschilder hingen. Während die Musik von DJ Hell über die Straßen fegte, ließen sich die Studentinnen von Männern auf den Boden werfen. "Das sollte demonstrieren, welche Erniedrigung die Frauen durchmachen müssen", so der DJ.

Femen rechnet mit weiter wachsendem Sextourismus in die Ukraine. 2012 soll die Ukraine gemeinsam mit Polen die Fußball-Europameisterschaft ausrichten. Nicht alle Fans werden sich nur für Sport interessieren, ahnt Femen und will für die EM einen besonderen Aktionsplan entwickeln. Für Ausländer haben die Frauen noch einen Tipp parat: "Lassen Sie sich nicht mit Prostituierten ein. Besuchen Sie lieber das Museum unseres Nationaldichters Michail Bulgakov."

*Von Andreas Ehrmann*

## Nachrichten

### **Sexting bei Teenagern entwickelt sich zu einem ernstem Problem**

Das Phänomen des sogenannten "Sexting", mit dem das Aufnehmen und Verschicken von Nacktfotos über Internet und Mobiltelefone bezeichnet wird, entwickelt sich nach den USA nun auch in Europa zu einem ernstzunehmenden Problem. Wie die auf Jugendschutz in neuen Medien spezialisierte britische Stiftung Beatbullying <http://www.beatbullying.org> aktuell feststellt, sind vor allem Kinder im Alter zwischen elf und 18 Jahren von derartigen Übergriffen betroffen. Von diesen haben 38 Prozent schon mindestens einmal explizit sexuelle Textbotschaften per SMS oder E-Mail zugeschickt bekommen. In Bezug auf für Teenager ungeeignetes Bildmaterial liegt der entsprechende Wert bei 25 Prozent. "Wir wollen die Jugend nicht in ihren sexuellen Erkundungen behindern, aber es ist wichtig, dass sich Eltern und Schulen bewusst sind, dass Sexting ein ernsthaftes Problem für unsere Kinder darstellt", erklärt Beatbullying-Geschäftsführerin Emma-Jane Cross.

Um zu verhindern, dass sich die Situation noch weiter zuspitzt, müssten alle Beteiligten künftig stärker an einem gemeinsamen Strang ziehen. "Hier geht es darum, für die Rechte der jungen Menschen und deren digitale Sicherheit zu kämpfen. Wir müssen endlich die Tatsache anerkennen, dass direkter Kontakt mit sexuellen Inhalten durch neue Technologien exponentiell erleichtert worden ist", betont Cross. In diesem Zusammenhang sei vor allem die Politik gefragt, die für die Gewährleistung gewisser Jugendschutzstandards in der Internetära zu sorgen habe. Die bislang in den USA und Australien zu beobachtenden Sexting-Skandale hätten das eindeutig klar gemacht. "Um hierzulande ähnliche Fälle vermeiden zu können, müssen Politiker enger mit Jugendschutzorganisationen zusammenarbeiten, um gemeinsam Spezialeinheiten zu bilden, die direkt in den Schulen und Gemeinden eingreifen und wichtige Präventivmaßnahmen leisten können", fordert Cross.

"Der Hintergrund für die zunehmende Sexting-Problematik ist in einer Mischung

aus mangelndem Gefahrenbewusstsein und dem im Teenageralter besonders stark ausgeprägten Selbstdarstellungsdrang zu sehen", meint Ursula Arbeiter, Fachreferentin im Bereich Medien bei der Aktion Jugendschutz der Landesarbeitsstelle Baden Württemberg <http://www.ajs-bw.de>, gegenüber presstext. Natürlich spiele in diesem Zusammenhang auch der technische Fortschritt eine Rolle. "Neue technische Möglichkeiten bieten immer auch Möglichkeiten des Missbrauchs - das ist nicht nur ein Problem unter Jugendlichen", erläutert Arbeiter.

Die Forderung der britischen Kollegen, die Kooperation zwischen Politik und Jugendschutzorganisationen zu forcieren, sei prinzipiell sicherlich sinnvoll. "Diese Problematik ist von der Politik und Teilen der Wirtschaft inzwischen zwar erkannt worden, in puncto Aufklärungsarbeit besteht aber noch einiges an Aufholbedarf. Kindern muss klar gemacht werden, dass das Web ein öffentlicher Raum ist, in dem sich nicht kontrollieren lässt, wo sensible Informationen wie Nacktfotos schlussendlich landen. Sie brauchen Unterstützung, um mündige und eigenverantwortliche Mediennutzer zu werden. Mehr medienpädagogische Aus- und Fortbildung aller Beteiligten ist von Nöten", so Arbeiter abschließend. (Ende)  
Quelle: <http://presstext.de>

### **Wirtschaftsnobelpreis für Elinor Ostrom**

Starkult um die eigene Person? Ist der Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom fremd. Und ihr Preisgeld? Will sie Studenten und der Forschung spendieren.

Der Wirtschaftsnobelpreis geht zum ersten Mal an eine Frau. Das Preiskomitee in Stockholm zeichnet die US-Wissenschaftlerin Elinor Ostrom und ihren Landsmann Oliver Williamson aus. Beide sind führend auf dem Gebiet der Institutionenanalyse. Ostrom ist originär keine Ökonomin, sondern Politikwissenschaftlerin.

In ihren Studien hat Ostrom analysiert, wie sogenannte Allmendegüter nachhaltig genutzt werden können. Das betrifft etwa Fischgründe, Weiden und Grundwasserservoirs, die nicht in privatem Besitz sind. Bei Allmendegütern besteht die Gefahr einer ökonomisch und ökologisch destruktiven Übernutzung. Das Problem ist unter

dem Namen "Tragik der Allmende" bekannt. Gestützt auf Fallstudien aus aller Welt zeigt Ostrom, wie die Nutzer stabile Regeln für eine nachhaltige Bewirtschaftung finden können. Auch Umweltschützer stützen sich auf die Arbeiten Ostroms, die seit den 60er Jahren im Mittleren Westen der USA an der Indiana University in Bloomington lehrt.

### ***Bescheiden und sozial engagiert***

Auf dem Campus dieser großen staatlichen Forschungsuniversität gilt Ostrom trotz ihres bereits vor dem Nobelpreis beachtlichen Ruhms als bescheidene und sozial engagierte Professorin, die sich sehr für andere Kulturen interessiert und intensiv um Studenten und Gastwissenschaftler bemüht.

Die 1933 geborene Professorin bezeichnete die Auszeichnung als große Ehre. Sie sei ganz "baff", sagte Ostrom in einer ersten Reaktion. Das Preisgeld - etwa eine Million Euro, die sie sich mit dem zweiten Preisträger teilen muss - wolle sie möglichst Studenten und der Forschung geben, sagte Ostrom. Der Starkult, den andere renommierte Ökonomen pflegen, ist der Amerikanerin völlig fremd. Sie arbeitet gerne im Team und gilt als ungemein fleißig. "Sie ist unermüdlich, ich habe noch nie jemanden mit so einer Arbeitsethik erlebt", sagt ein wichtiger Kollege über sie.

Eines von Ostroms wichtigsten Büchern ist "Governing the Commons" aus dem Jahre 1990, das auf Deutsch unter dem Titel "Die Verfassung der Allmende" erschien. Darin finden sich viele Beispiele für Gemeinschaften, die sich jenseits von Staat und Markt selbst organisieren und die den ökonomischen Alltag gemeinsam regulieren. So berichtet die Autorin von türkischen Fischern, die mit Hilfe einer Lotterie die Seegebiete aufteilen, und von Bauern in der Schweiz, die die Weiden kollektiv bewirtschaften.

Ostroms Ansatz lässt sich auch auf globale Probleme wie den Klimawandel und die Verschmutzung der Meere übertragen. Die Wissenschaftlerin sucht nach dem passenden "institutionellen Design" für eine ökologisch verträgliche Wirtschaftsordnung. Manche bezeichnen Ostrom deshalb als "Öko-Ökonomin". In ihren Arbeiten betont sie stets die Bedeutung einer möglichst großen Vielfalt an institutionellen Formen:

"Wenn ein Ansatz schief geht, haben wir bei Vielfalt die Wahl - dann können wir voneinander lernen." Darin liege auch der Charme des Föderalismus.

Vor zwei Jahren warnte Ostrom in einem Interview vor einer wachsenden Ungleichheit bei den Einkommen: "Wenn es immer mehr Reiche gibt, die sich für etwas Besseres halten, ist das nicht gut für die Demokratie." Manche Managergehälter seien "einfach obszön".

Von Tanjev Schultz,

[www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de), 12.10.2009

### **Erster Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland**

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen, die Ministerin für Arbeit und Soziales des Landes Baden-Württemberg, Dr. Monika Stolz und der nordrhein-westfälische Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration, Armin Laschet, stellen den "1. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland - Eine Standortbestimmung" der Öffentlichkeit vor. "Chancengleichheit darf nicht nur ein Schlagwort sein. Der Gleichstellungsatlas bietet uns zum ersten Mal eine fundierte und detaillierte Datengrundlage für ganz Deutschland. Damit verfügen wir über eine solide Basis auch für künftige gleichstellungspolitische Weichenstellungen. Jeder sieht wo er steht. Transparenz und Vergleichbarkeit sind ein wichtiger Motor für Veränderungen", sagte Bundesministerin von der Leyen.

"In Zusammenarbeit der Länder und des Bundes wurden erstmals Indikatoren entwickelt, mit denen Informationen zu wichtigen gleichstellungspolitischen Sachverhalten gewonnen werden. Das ist im europäischen und internationalen Kontext von großer Bedeutung", sagte die baden-württembergische Arbeits- und Sozialministerin Dr. Monika Stolz. "Die Indikatoren schaffen Transparenz und zeigen Handlungsbedarfe auf. Die Gender-Indikatoren stellen eine wichtige Grundlage für eine an den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen ansetzende Chancengleichheitspolitik dar und sind Verpflichtung für alle in der Politik Tätigen", erläuterte die Gleichstellungsministerin.

"Der 1. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine gute Arbeits- und

Forschungsgrundlage für ein gesellschaftlich wichtiges Politikfeld", sagte der nordrhein-westfälische Minister Armin Laschet, der Vorsitzende der diesjährigen Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister (GFMK). "Der gemeinsam von den Ländern und dem Bund erarbeitete Atlas bildet die gesellschaftlichen Entwicklungen ab. Mit der geplanten Fortschreibung können wir Veränderungen aufzeigen. Eine nachhaltige Gleichstellungspolitik ist auf diese Informationen angewiesen."

Der 1. Gleichstellungsatlas stellt erstmals Daten und Statistiken zu Indikatoren wie beispielsweise Mandate in den Länderparlamenten, Hochschul- oder Juniorprofessuren oder Teilzeitbeschäftigung in Deutschland zusammen und bildet den erreichten Grad der Chancengleichheit in Karten und Tabellen ab. Die 30 in dem Atlas erfassten Indikatoren sind dabei den vier Kategorien Partizipation, Bildung und Ausbildung, Arbeit und Einkommen sowie Lebenswelt zugeordnet. Die Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister hatte auf Initiative von Baden-Württemberg 2007 den Beschluss für den 1. Gleichstellungsatlas gefasst, dessen Veröffentlichung die 19. GFMK im Juni dieses Jahres beschlossen hat.

Einen ausführlichen Zahlenteil zum "1. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland - Eine Standortbestimmung" finden Sie unter [www.sozialministerium-bw.de](http://www.sozialministerium-bw.de)

### **Nancy Spero ist tot**

Die feministische Künstlerin Nancy Spero ist am Sonntag (18. Oktober) 83-jährig in New York verstorben, teilte das Salzburger Museum der Moderne (MdM) am Dienstag mit. Erst im vergangenen Februar wurde Spero vom Verein der Freunde und Förderer des MdM Salzburg mit dem Herbert-Boeckl-Preis 2009 für Internationale Malerei ausgezeichnet, als Anerkennung für eine renommierte Persönlichkeit der internationalen Kunstszene. Mit der Vergabe dieses Preises an die amerikanische Künstlerin wurde erstmals eine Frau für ihr Lebenswerk geehrt.

Spero wurde am 24. August 1926 in Cleveland/Ohio geboren und lebte und arbeitete bis zuletzt in New York. Sie hat gemeinsam mit ihrem Mann Leon Golub (1922-2004)

von 1992 bis 1997 an der Internationalen Sommerakademie für Bildende Kunst in Salzburg gelehrt. Die beiden Künstler haben in diesen einzigartigen Klassen eine bleibende Wirkung auf ihre Studierenden ausgeübt. Nancy Spero hat wesentlich zum internationalen Ruf der Sommerakademie beigetragen.

Nancy Spero gehörte zu den wichtigsten feministischen Künstlerinnen in den USA, sie hat sich über Jahrzehnte nicht nur in ihrer Kunst, sondern mit zahlreichen politischen Aktivitäten für die Rechte der Frauen eingesetzt. Die Künstlerin gestaltete einen Kosmos von Frauengestalten aus allen Kulturen und allen Epochen der Menschheitsgeschichte, die sie - auf Friesen, Bannern, in Wandinstallationen, zuletzt in Mosaiken - zu immer wieder neuen Kombinationen und Geschichten zusammenführte. Lange Jahre stand die Absolventin der School of the Art Institute of Chicago im Schatten ihres Mannes. In den Jahren nach 1952 entstanden die sogenannten Black Paintings - Malereien, die eine nach innen gekehrte, existenzielle Expression darstellen und vornehmlich in den Nachtstunden entstanden, in denen sie sich frei von den Pflichten als Mutter und Ehefrau fühlte.

In den Schriften Artauds fand sie ihren eigenen Verdruss und Zorn über ihre Unsichtbarkeit wieder und vereinigte Artauds Texte mit ihrer eigenen Bildsprache zwischen Intimität und politisch motivierter Unmittelbarkeit, welche die Frau einerseits als Opfer von Krieg und Diktatur (über ihren Körper), aber auch als Akteurin präsentiert.

Beginnend mit Darstellungen aus prähistorischer Zeit, der Zeit der Ägypter, Etrusker, über griechische, keltische und römische Göttinnen bis zu zeitgenössischen Bildern von Tänzerinnen und Sportlerinnen entwickelte sie eine piktografische Enzyklopädie weiblicher Körpergesten, die zum Sprachrohr für ihre politischen und gesellschaftskritischen Themen wurden. (APA)

### **Mehr als jede zweite Frau aber nur jeder siebte Mann arbeiten in Teilzeit**

Im öffentlichen Dienst Baden-Württembergs waren nach Angaben des Statistischen Landesamtes zum Stichtag 30.06.2008 insgesamt rund 520 900 Per-

sonen im unmittelbaren öffentlichen Dienst beim Land, den Kommunen (inkl. Eigenbetriebe, Krankenhäuser, Zweckverbänden) sowie im mittelbaren öffentlichen Dienst beschäftigt. Mehr als ein Drittel davon arbeitete in Teilzeit. Der Trend zur Teilzeitbeschäftigung<sup>1)</sup> ist seit Jahren ungebrochen: Während vor 20 Jahren insgesamt erst 22 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst einer Teilzeitbeschäftigung nachgingen, waren es 2008 nunmehr bereits gut 37 Prozent. Einer Teilzeitbeschäftigung gehen erwartungsgemäß überwiegend Frauen nach: 85 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Oder anders ausgedrückt: Mehr als jede zweite Frau (knapp 55 Prozent), die im öffentlichen Dienst steht, arbeitet in Teilzeit. Bei den Männern sind es lediglich gut 13 Prozent, also knapp jeder siebte.

Im öffentlichen Dienst ist der Anteil an Teilzeitbeschäftigten vergleichsweise hoch: Während bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Baden-Württemberg insgesamt – wozu auch die Arbeitnehmer/-innen des öffentlichen Dienstes zählen – gerade mal 17 Prozent in Teilzeit arbeiten, liegt der Anteil im öffentlichen Dienst mit gut 37 Prozent um 20 Prozentpunkte höher. Zwar sind es bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auch überwiegend Frauen, die in Teilzeit arbeiten – der Anteil liegt mit rund 86 Prozent in etwa so hoch wie im öffentlichen Dienst insgesamt – allerdings arbeitet hier nur ein gutes Drittel (34 Prozent) der Frauen in Teilzeit.

Inkl. Altersteilzeitbeschäftigung, die seit 1998 von Arbeitnehmer/-innen und seit 2001 auch von schwerbehinderten Beamten/Beamtinnen in Anspruch

*Quelle: Pressemitteilungen » 287/2009 des statistischen Landesamts Baden-Württemberg*

### **Neues Internetportal zur Prävention von Zwangsheirat geht online!**

Aus unserer langjährigen Arbeit wissen wir, dass sich besonders Beratungsstellen, aber auch Gleichstellungs- und Integrationsbeauftragte immer häufiger mit dem Thema Zwangsheirat konfrontiert sehen und sich mehr Informations- und Vernetzungsmöglichkeiten wünschen.

TERRE DES FEMMES hat dieses Bedürfnis aufgegriffen und das Internetportal

<http://www.zwangsheirat.de> entwickelt, das seit heute online ist. Erstmals werden dort Informationen und Angebote zum Thema Zwangsverheiratung gebündelt und Interessierten sowie ExpertInnen zu Verfügung gestellt.

### **Information Vernetzung Beratung**

Neben Informationstexten zu Gewalt im Namen der Ehre bietet das Portal auch umfangreiche Literatortipps und Hinweise zu Arbeitsmaterialien und neuesten Publikationen sowie aktuellen Entwicklungen in Politik und Justiz an.

Eine ExpertInnendatenbank erleichtert die Suche nach geeigneten ReferentInnen für Workshops, Seminare und Podiumsdiskussionen. Eine Übersicht über bestehende Initiativen und Arbeitsgruppen, die sich mit der Thematik befassen, erleichtert die Vernetzung.

Auch Mädchen und Frauen, die selbst von Gewalt im Namen der Ehre bedroht oder betroffen sind sowie deren Vertrauenspersonen können das Internetportal nutzen, um nach spezialisierten Beratungsstellen in ihrer Nähe zu recherchieren.

Der Flyer ist über den Onlineshop von TERRE DES FEMMES unter <http://www.frauenrechte.de> zu bestellen.

### **DGB-Ausbildungsreport 2009: Weniger Geld und Urlaub für weibliche Azubis**

Junge Frauen, die einen Beruf erlernen, schneiden bei der Vergütung, beim Überstundenausgleich und der Zahl der Urlaubstage deutlich schlechter ab als Auszubildende in Männer dominierten Berufen. Wie aus dem Ausbildungsreport 2009 des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) hervorgeht, liegt die Vergütung in weiblich dominierten Berufen im Schnitt um 100 Euro niedriger als in den so genannten Männerberufen.

zwd Berlin (31.08.2009)

## **Literatur**

### **Christa Wichterich: Gleich - Gleicher – Ungleich**

Die derzeitige Wirtschaftskrise beendet eine Globalisierungsphase, in der Frauen einen Quantensprung nach vorn in Be-

schäftigung, Politik und andere öffentliche Bereiche hinein getan haben. Doch Integration und Partizipation erweisen sich als paradox: sie bedeuten weder Geschlechtergleichheit noch eine Ende von Diskriminierung und Gewalt und erst recht keine entscheidende Umverteilung von Macht, Ressourcen und Rechten.

Dieser Band legt Essays und Analysen vor, die den Paradoxien von Frauenrechtskämpfen, Gleichstellungspolitiken und Entwicklungskonzepten auf den Grund gehen. Die Erfolge von Frauenbewegungen und Gleichstellungspolitik sind weltweit ungleichzeitig und höchst widersprüchlich. Emanzipation und Einbindung liegen nah beieinander. Der altbewährte Tunnelblick auf die Geschlechtergleichheit reicht in einer immer ungleicheren Welt nicht weit genug.

Christa Wichterich schlägt einen Bogen von der Globalisierung der Frauenbewegungen über die Zwiespältigkeit der Integration hin zu neuen feministischen Perspektiven. Denn die Widersprüche und Defizite erfordern gerade in der Krise der neoliberalen Globalisierung feministische Antworten, die Gesellschafts-, Ökonomie- und Globalisierungskritik verschränken. Es geht nicht nur um Gleichstellung von Frauen und Männern, sondern um die Veränderung gesellschaftlicher Spielregeln und Machtstrukturen, die immer neue soziale Ungleichheiten produzieren.

*Christa Wichterich, Soziologin, arbeitet als freiberufliche Publizistin, Gutachterin in der Entwicklungszusammenarbeit und Lehrbeauftragte an Universitäten. Sie hat mehrere Jahre an Universitäten in Indien und im Iran unterrichtet und war Auslandskorrespondentin in Kenia. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Globalisierung und Gender, Frauenarbeit, Frauenbewegungen und Ökologie. Sie arbeitet bei WIDE (Women in Development Europe) und im wissenschaftlichen Beirat von attac mit.*

### **Fantasie und Arbeit**

Gusner, Iris; Sander, Helke

Dieses Buch behandelt 60 Jahre persönlicher Geschichte in der politischen Geschichte im Osten und Westen Deutschlands. Es stellt darüber hinaus eine Reihe bemerkenswerter Zeitgenossinnen und Genossen vor, die in irgendeiner Weise

eine bedeutende Rolle in den Biografien der beiden Autorinnen gespielt haben: den Neulehrer Kaiser, den finnischen Abgeordneten und Minister Olavi Lahtela, die Theologin Annemarie Rübens, Die Theaterregisseurin Joan Littlewood, den Regisseur Michail Iljitsch Romm, den Schriftsteller Peter Weiss, die Mutter Lydia und viele andere.

Verblüffend ist nach dem Lesen die Erkenntnis, dass beide Länder eine seit der griechischen Antike tief verinnerlichte Ideologie von der Überlegenheit des Mannes einte – was die Frauen auf relativ ähnliche Weise in beiden Teilen auszubaden hatten.

## Termine

### **Auschwitz aus Frauensicht**

Die Internationale Jugendbegegnungsstätte in Oswiecim/Auschwitz veranstaltet vom 21. bis 29. November zum vierten Mal ein deutsch-polnisches Seminar »Auschwitz und der Holocaust aus der Perspektive der Frauen«.

Das Angebot richtet sich an Personen im Alter von 18 bis 26 Jahren, insbesondere an Studentinnen und Studenten der Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft. Der Eigenbeitrag umfaßt 150 Euro für Übernachtung, Verpflegung und Programm. Infos und Anmeldeformular: [www.mdsm.pl/index.php?language=DE&tryb=news&id=578](http://www.mdsm.pl/index.php?language=DE&tryb=news&id=578)

### **10 Jahre BAG Mädchenpolitik Für einen lebendigen Diskurs in der Mädchenarbeit**

vom 03.-04. Dezember 2009

Ort: Berlin, Abgeordnetenhaus

Große Jubiläums-Fachtagung, auf der die BAG Mädchenpolitik e.V. ein Forum für den Diskurs zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik bietet. Die Akzente und Impulse sollen der politischen Bedeutung von Mädchenarbeit und Mädchenpolitik eine angemessene Öffentlichkeit verschaffen und sowohl bisherige Erfolge als auch Herausforderungen für die Zukunft sichtbar werden lassen.

Info: [bag@maedchenpolitik.de](mailto:bag@maedchenpolitik.de),  
[www.maedchenpolitik.de](http://www.maedchenpolitik.de)

### **Internationaler Goddess-Kongress 2010** vom 28. - 30. Mai 2010

Ort: Hambacher Schloss

Die Formen von Trennung und Isolation, die wir heute in der patriarchalen Unkultur erleben - sei es die Trennung des Äußeren vom Inneren, des Sakralen vom Profanen, des Menschen von der Natur, des Makrokosmos vom Mikrokosmos - haben ihren Ausgangspunkt in einer Grundeinstellung, die alles nach Profit bewertet. Das Leben in seiner ganzen Vielfalt und Ganzheitlichkeit wird nicht mehr wahrgenommen. Es herrscht eine zerstörerische Denk- und Verhaltensweise, welche die patriarchösen, wirtschaftlichen und politischen Ziele so überhöht, dass sie als die eigentlichen Lebensinhalte erscheinen.

Wenn die Matriarchatsforscherin Drin. Heide Göttner-Abendroth schreibt: „...matriarchale Spiritualität ist keine patriarchale Institution, sondern eine Bewegung mit politischer Essenz im Sinne eines anderen Politikbegriffes, der systemüberschreitende Politik meint“, so geht es feministisch-matriarchaler Spiritualität um die Entwicklung einer tiefen, inneren Verbindung zum Leben, um Achtung, Wertschätzung und Fürsorglichkeit gegenüber allem Existierenden. Spiritualität ist das Bewusstsein, Teil eines Großen Ganzen zu sein, nicht als formulierte, dogmatische Religion oder organisiertes Glaubenssystem - sondern wie der Atem, der zum Leben gehört.

Eine Kooperation von: [ALMA MATER Akademie](#) · [MatriaVal e.V.](#) · [MatriaOase](#)

Information und Anmeldung: ALMA MATER Akademie · D-76133 Karlsruhe · Erzberger-Straße 30 · Tel. +49(0)721-7918872  
[goddesskongress@yahoo.de](mailto:goddesskongress@yahoo.de) ·  
[www.internationalergoddesskongress2010.de](http://www.internationalergoddesskongress2010.de)

**Kofra-Zeitschrift für Feminismus und Arbeit, Ausgaben ab 1991:**

54/91 Rückschlag oder Zunder für die Frauenbewegung. Zur Vereinigung Deutschlands aus der Sicht der autonomen Frauenbewegung. 55/91 Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. 56/92 Glück in Frauenprojekten? 57/92 Zur Akzeptanz der lesbischen Lebensweise. 58/92 Gewalt hat ein Geschlecht. 59/92 Beiträge zu Rechtsradikalismus und Rassismus, 60/92 Lesben und heterosexuelle Frauen - Was uns trennt und was uns verbinden könnte, 61/92 Entpolitisierung durch Identitätspolitik? 62/93 Sexueller Missbrauch von Kindern - Kinderschutz oder Täterschutz? . 63/93 Frauenhandel - Heiratshandel - Prostitutionstourismus, 64/93 Gynäkologie unter feministischen Aspekten, 65/93 Erzwungenes gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung: Rückschritt zu patriarchaler Bestimmungsmacht über Frauen und Kinder?, 66/93 Frauenstreik, 67/94 Zur Kopftuchdiskussion, 68/94 Feminismus gegen Rechtsextremismus - Rechtsextreme Tendenzen bei Mädchen und jungen Frauen und antirassistisches Potential feministischer Mädchenarbeit, . 69/94 Sag ich's oder sag ich's nicht? Eine Befragung erwerbstätiger lesbischer Frauen über "offen" bzw. "nicht offen" leben, 70/94 Institutionalisierte Frauenpolitik am Ende? 71/95 Zehn Jahre 6. Jugendbericht: Was hat sich für Mädchen verändert? 72/95 Die verhinderte Frau. Zur gesellschaftlichen Lage von Frauen mit Körperbehinderungen. 73/95 Vergewaltigung in der Ehe. Zur Diskussion um die Reform des § 177, 74/95 Sexuelle Gewalt: männliche Sozialisation und potentielle Täterschaft, 75/95 Frauenfeindliche Rechtspraxis bei sexueller Gewalt. Nr. 76/95 Pornographie: - Konsum über Computernetze - aus der Sicht von Frauen, 77/96 "Männer kriegt den Hintern hoch" - eine kritische Betrachtung der Männerbewegung. 78/ 96 13 Jahre autonome Projektarbeit. 79/96 Eigenständige berufliche Existenz. 80/96 Die patriarchale Kultur: zu Struktur, Entstehung und Abbau. 81/96 Von der Emanzipation zum Management - Unternehmenspolitik in Frauenprojekten. 82/97 Kindesmisshandlungen im Internet / Männergewalt macht keine Männer. 83/84/97 Strategien gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis - Was tun mit Tätern? - Zur Wirkung von Therapie und sozialer Kontrolle, 85/86/98 Männliche Gewalt gegen Mädchen und Frauen - Ist männliche Gewaltbereitschaft "natürlich"? - Auswirkungen sexueller Gewalt auf die Körper- und Bewegungsentwicklung von Mädchen und Frauen, 87/98 Gewalt gegen Mädchen und Frauen im Sport. 88/99 Männer gegen Männergewalt. Auf der Suche nach einer profeministischen Männerbewegung, 89/99 Gewalt gegen Frauen im Krieg, 90/99 Aktiv gegen Männergewalt. Konzept und Ergebnisse der

Münchener Kampagne, 91/00 Zur Therapie von Sexualstraftätern, 92/00 Frauen und Militär, 93/00 Zwischen Täterschutz, Ohnmacht und Parteilichkeit, 94/01 Täterstrategien bei sexuellem Missbrauch und Ansätze der Prävention, 95/01 Feministisches Handeln gegen Gewalt, 96/02 Jungenarbeit als Männlichkeitskritik, 97/02 Mädchen im öffentlichen (Frei-)Raum – aktiv und kreativ, 98/02 Arbeitsverhältnisse im Kontext von „Diaspora, Exil, Migration“, 99/02 Gender Mainstreaming: Sieg oder Ende der Mädchen- und Frauenpolitik? 100/02 Chancen und Grenzen von Opfer- und Täterprävention, 101/03 Handeln gegen alltägliche Gewalt gegen Frauen in der Schule, 102/03 Anzeigepflicht bei sexuellem Missbrauch? 103/03 Zu den Folgen der Globalisierung für Frauen, 104/03 Von Mobbing und anderen Ausschlussstrukturen in feministischen Kontexten, 105/03 Gewaltprävention und Männlichkeit in der Schule, 106/03 Autonome Frauenräume. Reflexionen zu zwanzig Jahren Kofra, 107/04 Transgender und Feminismus, 108/04 Zur Kopftuchdiskussion, 109/04 Krieg und Geschlechterverhältnisse, 110/04 Widerstand für Frauenrechte und Frauenwürde, 111/04 Hartz IV und die Auswirkungen auf Frauen, 112/05 Menschenrechte – Frauenrechte, 113/05 Die Rückkehr des Dienstmädchens, 114/05 Quotierung ist verfassungsgemäß, 115/05 Altersbilder von Lesben, 116/05 Alternativen zur Globalisierung. 117/06 Femicidio. Frauenmorde in Mexiko, 118/06 Auswirkungen von sexueller Gewalt auf die Arbeitssituation von Frauen, 119/06 Gewalttätige Mädchen. Mythos und Realität, 120/06 In Nomine Patris. Die Interessen der Vaterrechtsbewegung, 121/07 Krise der sozialen Systeme, 122/07 Migration. Männlichkeit und Frauen(ver-)achtung, 123/07 Frauen als Retterinnen in der Nazizeit, 124/07 Gewalt in der Lebensgeschichte alter Frauen, 125/08: Sorge- und Umgangsrecht – weitere Verschlechterungen für Frauen und Kinder, 126/08: Grenzen setzen gegen Gewaltstrukturen, 127/08 Zeit und Zukunft des Feminismus, 128/09 Feministische Unterrichtsprinzipien, 129/09 25 Jahre Kofra, Ein viertel Jahrhundert feministische Frauenprojektarbeit. 130/09 Frauenarmut: Daten, Fakten, Relationen 131/09 Vorsicht „Lebensschützer“ – Abtreibung in Gefahr?

Kofra